

wub

was uns betrifft

Thema:

Friedensforschung

Im Blickpunkt:

Pazifismus – das bewährte Feindbild

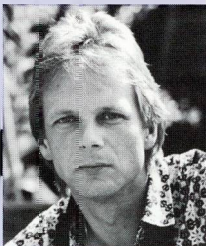


Ausschreibung:
wub-KUNSTPREIS '93

INTERN

Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 02.11.92



„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 GG).
„Josef“, ein erfundener Asylbewerber, schreibt einen fiktiven Brief an seine Frau „Philadelphia“:

„Ich schreibe Dir aus dem Paradies... Wenn ich genug Geld gespart habe, kannst Du mit unseren vier Kindern nachkommen. Dann bekommen wir ein Haus vom Sozialamt, mit Waschmaschine und Fernseher, vielleicht sogar mit Putzfrau.“

Diese als „Satire“ gedachte Story stand nicht in der „Nationalzeitung“. Erschienen ist sie in der Zeitung der Polizeigewerkschaft „Deutsche Polizei“, Ausgabe Bremen, Oktober 1992.

Ein Ausrutscher, gewiß. Aber ein Einzelfall ist sowas in der deutschen Medienlandschaft längst nicht mehr. Seit den Verantwortlichen in Politik, Justiz und Polizei als Antwort auf den wachsenden Rechtsradikalismus in Deutschland nichts anderes mehr einfällt als „Änderung des Grundrechts auf Asyl“ haben insbesondere die deutschen Boulevardblätter die Jagd auf die Flüchtlinge eröffnet. Der Ton wird härter, von Woche zu Woche. Was vor Jahresfrist auf den Flugblättern der Republikaner noch in Fragezeichen stand – **„Muß bald jeder Deutsche einen Asylanten in die Wohnung aufnehmen?“** – findet sich als „Tatsache“ inzwischen dick und fett in „Bild“ auf Seite 1: **„Wohnraum beschlagnahmt. Familie muß Asylanten aufnehmen.“** Oder: **„Deutsches Mietrecht – Rentner muß raus für Asylanten.“** Natürlich weiß „Bild“, daß solche Schlagzeilen nur die Stimmung anheizen und nicht die wirklichen Vorgänge wiedergeben – in beiden Fällen handelte es sich um kommunalen Wohnraum und in beiden Fällen wurde ausreichender Ersatz geboten – aber „Bild“ weiß auch: Die Opfer können sich nicht wehren. Über Asylbewerber darf jeder schreiben was er will, Asylanten sind zum publizistischen Freiwild geworden.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – kein Tag, an dem sich die deutsche Boulevardpresse nicht aufmachte, das Gegenteil zu beweisen: **„Sie fressen unsere Katzen“**, oder: **„Die Zigeuner klauen wirklich alles“** (Super Illu). **„Roma: Wir wollen 20 Tonnen Gold!“**, oder: Zigeuner kennen **„weder Duschen noch Toiletten“** (Bild). **„Mercedes von der Sozialhilfe“** oder: **„Überall werden wir rausgedrängt“** (Neue Revue)...

54 Jahre, nachdem die Zerstörung jüdischer Synagogen, Geschäfte und Wohnungen aus blindem Rassenwahn ihren Anfang nahm, werden in Zeitungen und Zeitschriften wieder **„deutsche Schicksale“** (etwa die Wohnungsnot einer 20jährigen) gegen ausländisches „Schmarotzertum“ ausgespielt (z. B. die Story vom Asylbewerber, der einen neuen Mercedes 230E fährt. **„Solche wie ihn gibt es zu Hunderttausenden bei uns“**, behauptet 'Neue Revue'). Und völlig unverblümt wird in zigtausendfacher Auflage in dicken Lettern der **„Volkszorn Asyl“** hochgekocht.

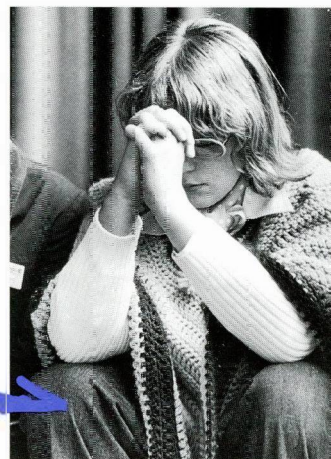
In dem Aufruf zur Großdemonstration am 8. November in Berlin hieß es: „Wer zu Übergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer schweigt oder sogar Beifall spendet, macht sich mitschuldig und schürt den Fremdenhaß.“ Es gibt Blätter in Deutschland, die zur Zeit vom Schüren leben.

Herzlich Ever

Werner Schulz

INHALT

wub-KUNSTPREIS '93	3
IM BLICKPUNKT	4
Pazifismus – das bewährte Feindbild	
PREISRÄTSEL	7
HINTERGRUND	8
Friedensbewegung in Deutschland	
KONTROVERS	10
Beten für den Frieden?	
RECHT	12
Sich schützen kann nützen	
wub-THEMA:	13
FRIEDENSFORSCHUNG	
Interview mit Wolfgang Vogt: „Ich fordere einen Panzer“	
Friedensforschung, das ungeliebte Kind	16
Bundesrepublik ohne Armee – oder Bundeswehr ohne Grenzen?	18
Was – Wo – Wer? Einrichtungen, Publikationen	20
SATIRE	21
Glück – Wachstum – Müll	
UNTERWEGS	22
Krieg im Nationalpark	
PORTRAIT	24
Friedrich Siegmund-Schultze	
BUCHTIP	25
„Nieder mit den Waffen!“	
INFO	26
BRIEFE	28
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32
HAP Grieshaber „Engel der Kriegsdienstverweigerer“	
Titel: Angelika Emmerling	



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktionsz: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Githorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rössenbergsstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Kmitz: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung anverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10 – Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertriebs mit alter und neuer Adresse. / Satz und Druck: Windhauer, Schöndorf, Rapins; Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 49 000 / ISSN 0936-6520

wub proudly
presents:

wub

KUNSTPREIS '93

Zum dritten Mal –
nach den Riesenerfolgen von
1989 und 1991 – präsentieren
wir hier endlich wieder eine
Wettbewerbsausschreibung
für die Kunstschaffenden –
und alle, die es werden
wollen – unter unseren
LeserInnen.

**WAS
kann man
einreichen?**

Eigene Arbeiten aus den künst-
lerischen Bereichen Malerei,
Zeichnen (Karikaturen), Gra-
fik, Schnittechnik... (keine
Plastiken, keine Fotos). For-
mate bis 50 x 70 cm ohne
Rahmung, größere bitte mit
Rahmung einschicken. Es
steht jedem/r Einsender/in
frei, den Kunstwerken eigene
Kommentare, Aphorismen...
beizufügen.

**WER
kann mit-
machen?**

Alle wub-LeserInnen, die uns
ihre Werke einsenden. (Pro
Frau oder Mann nicht mehr
als drei!)

**WIE
lautet das
Thema?**

Wir legen kein Thema fest,
aber wir schlagen vor, die
Arbeiten diesmal unter das
Motto

„Es stand in wub
Nr. .../92“ zu stellen. D. h.
also, Berichte, Infos, Satiren,
Fotos, Karikaturen aus dem
wub-Jahrgang 1992 als Anre-
gung für künstlerisches
(Ver-)Arbeiten zu nehmen.
Wer die vergangenen Ausga-
ben nicht mehr zur Hand hat,
der kann sie kostenlos bei uns
mit untenstehendem Abschnitt
bestellen.

**WAS
passiert mit
den Werken?**

Die wub-Redaktion stellt eine
Auswahl der Werke auf einer
Ausstellung während des
Deutschen Evangelischen
Kirchentages in München
(09. – 13.06.93) aus. wub er-
hält für alle eingesandten Ar-
beiten die Abdruckrechte und
veröffentlicht in Ausgabe 2/93
einen Vierfarb-Sonderdruck
mit den besten Arbeiten. Eine
unabhängige Jury bestimmt
die Preisträger. Die Entschei-
dung wird am 15.04.93 be-
kanntgegeben. Die Werke wer-
den nach dem Kirchentag den
EinsenderInnen wieder zurück-
geschickt.

**WER
vergift die
Preise**

Entschieden wird die Preisver-
teilung durch eine Jury, be-
stehend aus einem Künstler,
einem Kunstlehrer, zwei am-
bitionierten Zivis und Vertre-
tern der wub-Redaktion.

**WOHIN
einsenden?**

Ausreichend frankiert an:
wub-Redaktion, Werner
Schulz, Rosenbergstr. 45,
7000 Stuttgart 1. (dort gibt's
auch Auskunft bei Nach-
fragen).

**WANN
ist Einsende-
schluß?**

Am 01.03.93, definitiv!
(Poststempel)

**WAS
ist ausge-
schlossen?**

Der Rechtsweg.



Die Abbildungen sind ein paar Beispiele aus den vergangenen Wettbewerben.

- 1. Preis: 500.–
- 2. Preis: 200.–
- 3. Preis: 150.–
- 4.–10. Preis: je 50.–

Bestellabschnitt:
Ausschneiden und auf Postkarte
kleben, zutreffendes bitte an-
kreuzen.

- Ja, ich interessiere mich für den Kunstpreis '93 und werde ver-
mutlich mitmachen.
- die letzten drei wub-Hefte habe ich noch.
- schick mir bitte die drei vergangenen Ausgaben an folgende
Adresse:

Von Drückebergern, Traumtänzern und unzuverlässigen Gestalten:

Pazifismus – das bewährte Feindbild

Von Friedhelm Schneider

Die Zeiten sind vorbei, in denen westdeutsche KDVer als „trojanische Pferde der Sowjetkavallerie“ beargwöhnt wurden. KDV und Zivildienst entsprächen heute zunehmend dem Lebensgefühl, kommentiert 1992 der Bundesbeauftragte für den Zivildienst eine Entwicklung, die er im Blick auf die KDV-Antragszahlen als „Stabilisierung auf hohem Niveau“ beschreibt. (1)

In der Tat hat sich in Deutschland ein durchweg zivildienstfreundliches Meinungsklima herausgebildet. Das Ende des Ost-West-Konflikts, der drastisch gesunkene Personalbedarf einer (ab 1994) geschrumpften Bundeswehr, der immer lauter werdende Ruf nach sozialen Hilfskräften sind Faktoren, die neben der Arbeit der Zivis selbst zu diesem Erscheinungsbild beigetragen haben. Obwohl die KDV-Entscheidung offiziell immer noch als „individuelle Ausnahme“ zu gelten hat, bildet im Bewußtsein vieler der Zivildienst (einschließlich seiner zahlreichen Mängel und Mißstände) einen festen Regelbestandteil unserer gesellschaftlichen Normalität.

Sicher hat die allgemeine Bejahung des Zivildienstes auch dem Grundrecht auf KDV zu stärkerer Beachtung verholfen, setzt doch der Zivildienst nach wie vor als „Eintrittskarte“ die Anerkennung als KDVer voraus. Diese wiederum ist ohne eine zumindest schriftlich bekundete pazifistische Grundhaltung nicht zu erreichen.

Auch 1992 finden sich immer noch Prüfungsausschüsse, die da nicht locker lassen: „Daran aber hat es gefehlt: Der Antragsteller ist weder in freier noch in organisierter Form als ein Mensch hervorgetreten, dem es auf Fragen des Pazifismus und Antimilitarismus besonders angekommen wäre.“ Mit dieser Standard-Belehrung gibt z. B. der KDV-Ausschuß Kiel seinen abgelehnten Kandidaten nachträglich Bescheid, worauf es ankommt...

Auffällig bleibt: Zwar wird im Vorfeld von KDV und Zivildienst eine gewaltfreie Gesinnung gefordert und auch kontrolliert, nach der Anerkennung wird jedoch auf militärkritische Anliegen und Anstöße von KDVeren weit weniger Wert gelegt. Manchmal scheint es, als habe das KDV-Verfahren etwas von einem Exorzismus an sich, in dem pazifistische Gedanken beim Namen genannt und dann ausgetrieben werden.

‘Wunschbild Zivi’ kontra ‘Schreckbild Pazifist’

Ein (amtlich) anerkannter ist also nicht unbedingt ein (gesellschaftlich) respektierter KDVer, und ob er sich selbst als Pazifist versteht, ist noch einmal eine ganz andere Frage.

In der Praxis bleibt zu beobachten, daß die Vorstellung, die man sich von einem KDVer macht, immer wieder auseinanderfällt in ein ‘Wunschbild Zivi’ (sozial unverzichtbar) und ein ‘Schreckbild Pazifist’ (politisch unerwünscht). Daß und warum dies so ist, möchte ich an einigen Beispielen erläutern.

Grundsätzlich läßt sich feststellen:

Die Akzeptanz von KDVeren stößt da an ihre Grenzen, wo der „Zivildienst-Bonus“ nicht zum Tragen kommt, wo militärische Planungen kritisiert oder gar gestört werden.



Singgemäß: „Wir hatten zu wenig PAZIFISTEN!“ – „Wir hatten zu wenig Militäri!“

Zeichnung: Plautu

Daß „KDV pur“ nicht ohne weiteres Verständnis findet, zeigte sich zuletzt im Gefolge des Golfkriegs. „Es sind die Falschen, die verweigern“, meldete die Presse (2); Vertreter von Sozialeinrichtungen beklagten die hohe Zahl von Reservistenverweigerern, die sich zur Behebung des „Zivi-Notstandes“ nicht heranziehen ließen.

Zu Kriegsbeginn waren dieser zivilen Variante des **Drückeberger-Klischees** bereits handfestere Vorwürfe vorangegangen:

Ursula Krechel, Nachricht (3)

Bisher verweigerten Männer den Kriegsdienst

Weil sie nicht töten wollten.

Jetzt verweigern Männer den Kriegsdienst

Weil sie nicht sterben wollen

Aus gewissen Gründen.

Anfang Februar 1991

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung urteilte: „Von einem Einsatz am Golf verschont zu bleiben, müßten gerade Pazifisten als unschätzbares, fast unfaires Privileg empfinden.“ (4)

Daß **Pazifisten** für die Gegenseite (hier: Saddam Hussein) arbeiten und letztlich **Wegbereiter für politische Gewaltverbrecher** sind, bescheinigte in der ZEIT eine israelische Journalistin den „intellektuellen Schöngestirnen“ der deutschen Friedensbewegung:

„Nehmen wir an, daß Sie, die selektiven Pazifisten, die Sie sind, gegen den Krieg demonstrieren. Nehmen wir es mal an. Dennoch demonstrieren Sie für den Hitler des Endes des Jahrhunderts!!!“ (5)

In der ihm eigenen Prägnanz brachte es der katholische Militärbischof Johannes Dyba auf den Punkt:

„Als Pazifist überläßt man alles den Diktatoren und Massenmördern.“ (6)

Eine geistesverwandte Formulierung des damaligen Bundesministers Heiner Geißler hatte neun Jahre vorher noch heftige politische Kontroversen im Bundestag ausgelöst:

„Der Pazifismus der Dreißiger Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der Dreißiger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ (7)

Spätestens hier scheint mir ein kurzer **historischer Rückblick** angebracht:

Auf der ersten Ausbürgerungsliste des NS-Staats (Aberkennung der Staatsbürgerschaft, Einzug des Vermögens) waren im August 1933 deutsche Pazifisten zu mehr als einem Drittel vertreten. Sie, die eindringlich vor den Folgen von Militarismus und Nationalismus gewarnt

hatten, für das von ihnen bekämpfte Regime verantwortlich zu machen, heißt Opfer und Täter verwechseln.

Neben dem Einspruch gegen ein staatliches Verfügungsrecht über das Leben der Bürger gehören die Ausgestaltung des Völkerbundes und die Suche nach internationalen Verfahren der Konfliktregelung zum zukunfts wirksamen Erbe des historischen Pazifismus (siehe dazu auch den 'Hintergrund'-Bericht in dieser wub-Ausgabe über den 100jährigen Geburtstag der Deutschen Friedensgesellschaft auf den Seiten 8/9).

Über die bereits genannte Kritik hinaus (Pazifisten als Drückeberger und „nützliche Idioten“) wird immer wieder der Vorwurf erhoben, der Pazifismus erschöpfe sich in **unrealistischen Visionen** (z. B. einer Welt ohne Kriege); er taue allenfalls als **Gesinnungsethik** für den einzelnen, nicht aber für den Träger politischer Verantwortung, der die Folgen seines Handelns für andere mitbedenken muß.

„Realpolitiker“ verweisen gern auf den **Blickwinkel des befreundeten Auslands**, so z. B. Staatssekretär Lothar Rühl 1988:

„Westeuropa wird auch verteidigt werden müssen (...). Es wird natürlich nicht immer leicht sein, die jungen Franzosen und jungen Spanier und auch die jungen Niederländer und Belgier davon zu überzeugen, daß sie im Krisenfall in Deutschland, für Deutschland, in ein potentiell Frontgebiet kommend, eintreten müssen, wenn die Deutschen selber sagen: Ich will aber lieber die Schwachen und Kranken in einem Hospital oder Hospiz betreuen, das ist mir wichtiger, das ist menschenfreundlicher, und es ist auch im Sinne des Weltbürgertums aufbauender.“ (8)

Daß die deutsche Friedensbewegung im benachbarten Frankreich weithin auf Unverständnis und Ablehnung stößt, beschreibt Brigitte Sauzay, langjährige Dolmetscherin des französischen Staatspräsidenten:



„Pazifist? Du Träumer, die Front ist überall.“

(„General“ Kulat zu seinem „Pflegezivi“ Roman; Text und Foto aus dem Film „Shalom General!“ von Andreas Gruber)

„Einem französischen Beobachter scheint dieser blauäugige Pazifismus, diese Furcht, den Feind zu provozieren und durch die eigene Rüstung die Kriegsgefahr zu erhöhen, voller Widersprüche und sogar direkt kontraproduktiv.“ (9)

Auch in der aktuellen Diskussion um den out-of-area-Einsatz deutscher Soldaten wird wiederholt als Argument genannt: 'Das Ausland würde eine deutsche Zurückhaltung bei militärischen Missionen nicht verstehen.' Sollte es stattdessen nicht Aufgabe deutscher Politik sein, begründete Positionen des Grundgesetzes auch nach außen verständlich zu machen?

cher Militärdienst-Lobby auf. Sein monatlich in ca. 35 000 Exemplaren verteilter Briefdienst liest sich als institutionalisierter Rundschlag gegen die christliche Friedensbewegung und den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Nachstehend einige Textauszüge:

In friedenspolitischen Fragen votiert der Journalist Eberhard Stammler, ehemaliger Chefredakteur der Evangelischen Kommentare, für **Abschreckung statt Bergpredigt**:

„Europa hat jedenfalls die jahrzehntelange Abwesenheit von Krieg nicht etwa den Resolutionen mit der Bergpredigt zu verdanken, sondern vor allem dem nüchternen Kalkül der gegenseitigen Abschreckung, die schließlich das Ende des Kalten Krieges möglich werden ließ.“ (12)

Stammler wird nicht müde, gegen die „unverantwortliche Devise 'Ohne Rüstung leben'“ und Leute wie den „verführerischen Guru Franz Alt“ zu Felde zu ziehen; seine Attacken richten sich gegen alles, was den Anschein „blauäugiger Friedenserziehung“ oder „pazifistischer Friedensideologie“ erweckt. (13)

Zur Zeit des Golfkrieges wendet sich Militärbischof Heinz-Georg Binder gegen **pazifistische Träume**:

„Die Träume von einer Welt, in der alle militärische Macht abgeschafft ist, bleiben Träume. Sie liegen neben der politischen Wirklichkeit. Schwerer zu Pflugscharen. Das ist das Bild für die Zukunft Gottes. Gewiß, so wenig Rüstung wie möglich erscheint als vernünftige Forderung. Aber wer Utopien nachjagt, meldet sich aus der Verantwortung für die politische Gegenwart ab. Ich setze dagegen meine Einsicht, daß ich nicht in einem Staat leben möchte, unter dessen Soldaten es keine Christen mehr gibt, weil sich die Christen dem Staat da verweigern, wo seine staatliche Macht so konzentriert vorhanden ist wie beim Militär – und wo darum auch der Mißbrauch besonders bedrohlich ist.“ (14)

‘Sicherung des Friedens’ oder ‘Ohne Rüstung leben’?

Es gehört zu den Grundpositionen evangelischer Friedensethik, daß das pazifistische Zeugnis „als deutliche Entsprechung zur Friedenspraxis Jesu“ anerkannt wird. (10) Dennoch haben sich auch kirchliche Kreise der Grundsatzkritik am Pazifismus verschrieben. Für die konservative „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern“ etwa steht zweifelsfrei fest:

„Forderungen nach Wehrlosigkeit und einseitiger Abrüstung sind zurückzuweisen. Der **illusionäre Pazifismus** beruft sich damit zwar gern auf die Bibel, die er in ihrer Gesamtheit aber nicht ernstnimmt. Durch Wehrlosigkeit wird die Unsicherheit nur vergrößert, der Friede aber nicht gewonnen. Denn dadurch drohen neue Formen der Unterdrückung und Sklaverei durch jene Machthaber, die nicht abrüsten, sondern aufrüsten. Das Ende wäre friedloses Chaos.“ (11)

„Sicherung des Friedens“ nennt sich ein „Arbeitskreis von Christen zur Förderung von Frieden und Freiheit“. Der Arbeitskreis, der im letzten Jahr den Golfkrieg als politisch gerechtfertigt befürwortet hat, tritt als eine Art kirchli-



Zeichnung: Gottscheber

Ein halbes Jahr später, diesmal im Zusammenhang des jugoslawischen Bürgerkriegs, schreibt Militärdekan Johannes Ottmeyer über **Verweigerung und Nichtstun**:

„Jedenfalls sei allen, die in unserem Land das Soldatsein ablehnen, gesagt, daß Verweigerung auch Hilfsbedürftige schutzlos werden lassen kann. Wer nichts tut, tut eben doch etwas, nämlich nichts.“ (15)

Da stellt sich die Frage: Womit sind sie derzeit beschäftigt, die Verweigerer und die Nichtstuer in Deutschlands Friedensbewegung? Beireiten sich die „Weltmeister im Formulieren von Betroffenheitsbekundungen“ vielleicht schon auf das nächste „fachkundige Lamento“ (16) vor? Da der Vorwurf des **Anti-Amerikanismus** noch gar nicht gefallen ist, erteilen wir Uwe Siemon-Netto vom Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) das Wort:

„Wenn demnächst die Amerikaner mit Waffengewalt versuchen werden, die serbischen Schlächter in ihre Schranken zu verweisen, dann werden wir sie alle wiedersehen: die bärtigen Transparentträger, die TV-Debattierer mit den heruntergezogenen Mundwinkeln, die bleichen Wohlmeinenden. Und wo werden wir sie finden? An der falschen Stelle: vor amerikanischen Generalkonsulaten und Garnisonen.“ (17)

Während Siemon-Netto sich über die Ausstrahlung friedensbewegter Miesmacher und Langweiler keine Sorgen zu machen scheint, ist man andernorts über deren öffentliche Wirksamkeit bekümmert.

Wir beschließen unseren Rundgang durch die neue Abteilung der Anti-Pazifismus-Galerie mit den Gedanken des Darmstädter Oberkirchenrats Karl Dienst über **pazifistisches Image**:

„In manchen Gemeinden und in nicht wenigen kirchlichen Publikationen wird ein diffuses, aber öffentlich wirksames pazifistisches Image verbreitet, verbunden mit einem moralischen Empörungswort und Verweigerungsaufwand, der über das Militärische hinausgeht. Der Bogen spannt sich von der Wehrdienst- bis zur Militärsteuerverweigerung, von der Forderung gewaltfrei und fleischlos leben bis zum feministischen Appell der Überwindung der in der Logik patriarchal organisierter Gesellschaften liegenden Vergewaltigungsmentalität, von der Kritik an staatlichen Institutionen bis hin zur Militärseelsorge. Auch wenn das Militär hier nur ein Punkt unter anderen ist: Es hat offenbar einen besonderen symbolischen Reizwert. Die Kirche läßt sich diesen breitgefächerten Friedensdienst schon etwas kosten. Die Zahl der Funktionärinnen und Funktionäre, die hier ihr Brot verdienen, ist nicht gering.“ (18)

Das Pazifismus-Phantom

Wenn sie es überhaupt geben sollte, dann sind sie eine seltene Gattung: die Pazifisten, die Panik verbreiten, den Kopf in den Sand stecken und vom ewigen Frieden träumen, wenn es gefährlich wird. Das nicht nur in den zitierten Texten verbreitete Pazifismus-Klischee ist ein Phantomgebilde, das als ideologischer Punchingball dient. Es erscheint als Zerrbild, das unliebsame Kritik abwehren soll, wo Militär und Politik den Dialog verweigern: z. B. in der Frage, warum die „gewachsene internationale Verantwortung“ Deutschlands ausgerechnet militärisch wahrgenommen werden soll.

Die Abgrenzung von „biederbürgerlichem Tränderrüsenpazifismus“ (19) und „gesinnungsethischer Politikunfähigkeit“ schafft von links bis rechts Zustimmung über das eigene politische Lager hinaus. Pazifismuskritik kann ein politischer Kunstgriff sein, der von der herrschenden Konzeptlosigkeit ablenkt und denen die Beweislast zu-

schiebt, die bisher von direkter politischer Einflüßnahme ausgeschlossen waren. Zukunfts- und Politikfähigkeit unter Beweis zu stellen, ist nicht nur Aufgabe der Friedensbewegung, sondern vor allem die Bringschuld derjenigen, die in politischer Verantwortung die Bewältigung der globalen Überlebensprobleme voranbringen sollten.

Natürlich sind kritische Anfragen an den Grundsatz der Gewaltfreiheit ernstzunehmen, wenn sie mehr sind als ein rhetorisches Manöver. Eine solche Frage formulierte Friedrich Siegmund-Schultze, selbst Pazifist und einer der großen Wegbereiter der christlichen Friedensbewegung (s. Portrait S. 24), unter dem Eindruck des Nationalsozialismus in seinem Schweizer Exil (1939):

Gegen „verderbliche Erscheinungen“

Wir werden, indem wir das Volk von dem jämmerlichen Glauben an Völkerversöhnung, Weltfrieden, Völkerbund und internationale Solidarität befreien, diese Ideen zerstören. Es gibt nur ein Recht in der Welt, und dieses Recht liegt in der eigenen Stärke.“

Adolf Hitler, Rede vor Parteiführern (September 1928)

„Wir wollen eine evangelische Kirche, die im Volkstum wurzelt, und lehnen den Geist eines christlichen Weltbürgertums ab. Wir wollen die aus diesem Geiste entspringenden verderblichen Erscheinungen wie Pazifismus, Internationale, Freimaurertum usw. durch den Glauben an

„Hat der Pazifismus für Völker, die in dieser Weise bedroht werden, im heutigen Weltzustand eine Alternative bereit, die im Ernst der Gesamtheit der Bevölkerung eines solchen Landes, seiner Regierung oder auch nur einer verantwortlichen Gruppe Führender vorgeschlagen werden könnte?“ (20)

Solange das bewährte „Feindbild Pazifismus“ fortbesteht, wird es unsere Aufgabe sein, Verzerrungen zurechtzurücken und die Leistungen des historischen Pazifismus verstehen zu lernen und verständlich zu machen. Wir sollten weder einer militärorientierten Politik kritische Anfragen ersparen noch als KDVer vor den Problemen inner- und zwischenstaatlicher Gewalt die Augen verschließen. ■

unsere von Gott befohlene völkische Sendung überwinden.“

Aus: Richtlinien der „Deutschen Christen“ (Mai 1932)

„Da wächst aus deutscher Erden
Aufs neu ein starker Stamm;
Die weichen Knie werden
Nun wieder fest und stramm.
Hinweg mit all dem schlaffen
und jämmerlichen Brei!
Dein Volk trägt wieder Waffen,
Deutschland, und du bist frei!“

Aus: „Waffenlied“ des Ulmer Pfarrers August Ebert, verfaßt anlässlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935



Zeichnung: Marie Marks

Anmerkungen

- (1) Unsere Kirche Bielefeld v. 9.2.92
- (2) Reutlinger Generalanzeiger v. 28.2.91
- (3) aus „Ich will reden von der Angst meines Herzens“, Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg, Frankfurt/M. (Luchterhand) 1991, S. 64
- (4) M. Mönninger: Notlagen. Deutsche KDVer, FAZ v. 6.2.92
- (5) Smadar Bat-Adam: Brief aus dem abgedichteten Zimmer, in: Die Zeit Nr. 6 v. 31.1.91. Lesenswert ist auch die Entgegnung von Till Bastian: Antwort eines Demonstranten, in: Die Zeit Nr. 7 v. 7.2.91
- (6) Zit. nach: Frankfurter Rundschau v. 23.3.91
- (7) Bundestags-Protokoll v. 15.6.83, zit. nach wub Nr. 6/83
- (8) Zit. nach Sicherung des Friedens. Briefdienst Nr. 7/8, 1989
- (9) Brigitte Sauzay: Die rätselhaften Deutschen, Stuttgart 1986, S. 288.
- (10) Hans-Richard Reuter in: W. Bock, H. Diefenbacher, H.-R. Reuter: Pazifistische Steuerverweigerung und allgemeine Steuerpflicht, Heidelberg 1992, S. 212, s. auch S. 78.205
- (11) Kirchl. Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern: Weltfriede und Gottesfriede, 1981 (Hervorhebung von mir, F.S.)
- (12) E. Stammler: Wehrdienst ist unverzichtbar, in: Sicherung des Friedens. Briefdienst Nr. 2/3, 1991
- (13) so in: Die Friedensbewegung in der Krise, Sicherung des Friedens. Briefdienst Nr. 5, 1991
- (14) H.-G. Binder: Christen und Sicherheitspolitik, in: Sicherung des Friedens. Briefdienst Nr. 2/3, 1991. An anderer Stelle warnt Militärbischof Binder davor, die ev. Kirche zur „pazifistischen Sekte“ werden zu lassen (epd ZA v. 11.1.91).
- (15) J. Ottmeyer in: JS 9/91, S. 3
- (16) s. Anm. 17
- (17) U. Siemon-Netto: Eine Vermeidung: Deutschlands Friedensbewegung ist verschwunden, in: idea Nr. 67/92
- (18) K. Dienst: Potentielle Mörder! in: Sicherung des Friedens. Briefdienst Nr. 2, 1992
- (19) H. Schmidt, Zum Antikriegstag, in: Speyerer Mitteilungen 6/92
- (20) zit. nach: E. Röhm: Sterben für den Frieden, Stuttgart 1985, S. 212.

Schimpf- wort f. Pazifisten	fläm. Barock- maler	Spielkarte Narkoti- kum		Aus b. Boxen	5. Buch- stabe	Vorläu- fer d. Jazz	math. Symbol f. franz. Zahl	Segelbe- griff	gallert. Flüssig- keit	privil. herrsch. Gruppe	mündl. Vortrag
5											
Strom in Sibi- rien		Laotse philos.- religiös. Richtig.			Vorname e. Holz- schnitt- künstlers		engl.: ver- suchen		6		
		Chefred. d. ZEIT		ägypt. Sonnen- gott	Kopfbe- deckg.			Teil d. Auges			
Neben- fluß d. Fulda				griech. Silbe: Luft, Gas	16			chem. Z. f. Tellur			18
Drama Ibsens				11	Seele; Platz d. Emotio- nen						Teil d. Baumes
chem. Z. f. Selen			4/92				engl. Kneipen	dt. Frie- dens- kämpfer †	Halbfü- gurdar- stellg.		
Gegent. von fern	Kampf ggü. Nu- klearwaf- fenvers.		wub was uns betrifft								
			Rätsel				Beherzt- heit	1			
bäuerl. Anwe- sen			Gesucht: Appell des ehemaligen Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt				chem. Z. f. Eisen				Fried. preistr. d. dt. Buchh.
						ital. Fluß					
Bibelteil (Abk.)	7		Staaten- bündnis		Frauen- name Alter d. DFG	Hund e. best. Rasse					12
		Verkaufs- freier Zeitr.	Vorfahre			engl.: Frucht- bonbons	feierl. Gedicht				Wunsch- bild
Geogra- phie				9				Holz- schnitt- künstler	Bücher- gestell	Kiz-Kz. Italien	
dt. Frie- dens- kämpfe- rin †						14	Maßein- heit	17			
engl. der, die, das			Ausdeh- nung		Däni- sche Währg.					Kiz-Kz. Spanien	
chem. Z. f. Se- len		2	Ort d. Friedens- gebete							Gemüse	
Antimilit. Bewegg. (Abk.)			griech. Kriegs- gott		10		engl. Graf				
			Staat in Asien		Post- sendg.	Haupt- stadt Nor- wegens				8	Aus
Opera- tions- saal				19	Unglück (mund- art.)				3	Brei	
		fit, lebendig			altertüml. Musik- instr.	Wund- abson- derung	Gebets- schluß				
Getreide	Vorläu- fer d. UNO										
			Initialen von Douglas			13	1. Frau				
SPD- Staats- mann †	Gewicht (Abk.)		Fischer- boot					chem. Z. f. Sauer- stoff			Kiz-Kz. Mem- mingen
	4				Verein Abk. Himmels- richtig. Abk.		elektr. Wider- stand				
Fußball- mann- schaft			Priester im AT				Berg- weide				

Die Lösung des wub-Preisrätsels 3/92 lautete:
„Ohne Rüstung leben“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind:
Peter Mörchen, Göttingen
Christof Assfalg, Stuttgart
Andreas Lumpe, Murch

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen. Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
schicken.

Einsendeschluß ist der 15.01.1992 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: „Um Reifenbreite“, das Spiel des Jahres 1992
2. Preis: „Barbarossa“ – mit diesem Spiel hast Du endlich mal genügend Knete!
3. Preis: „Café International“: Griechen, Türken, Amis, Franzosen... an einem Tisch.
4. Preis: „Yahtzee“, das beliebteste Würfelspiel der Welt.
5. Preis: „Solitaire“
- 6.–10. Preis: je ein Kartenspiel
- 11.–20. Preis: je ein wub-Freiabo für ein Jahr.

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

19
18
17
16
15

W

Beitr. wub:
Anregung/Kritik/Lob:

Pazifismus und Friedensbewegung in Deutschland

Vor 100 Jahren wurde die „Deutsche Friedensgesellschaft“ gegründet. Ein Rückblick auf FriedenskämpferInnen vom Kaiserreich bis heute von Guido Grünewald*

Während die Geschichte der organisierten Friedensbewegung im angelsächsischen Sprachraum auf das Jahr 1815 zurückgeht, entstand in Deutschland mit der *Deutschen Friedensgesellschaft* (DFG) erst 1892 eine dauerhafte Friedensorganisation – im gleichen Jahr also, als in Bern mit dem *Internationalen Friedensbüro* eine länderübergreifende Koordinierungszentrale der Friedensgesellschaften gegründet wurde. Vorhergehende Gründungen von Friedensgesellschaften waren in Deutschland meist kurzlebig und lokal beschränkt geblieben.

Die DFG von 1892 – ein unpolitischer Verein

Die *Deutsche Friedensgesellschaft*, in der bis zum Ende der Weimarer Republik fast alle pazifistischen Strömungen vertreten waren, verstand sich bei ihrer Gründung bewußt als unpolitischer Verein. Im Glauben an die Überzeugungskraft der eigenen Ideale wollten die in der DFG organisierten PazifistInnen die Bürger durch Vorträge, Flugschriften und Einwirkung auf die Presse aufklären und die Machthaber durch Appelle von ihrer Sache überzeugen. Die damaligen PazifistInnen hingen einem ungebrochenen Fortschrittsoptimismus an, der den Krieg als zivilisatorische Rückständigkeit begriff. Als wichtige Mittel zur Herstellung des Friedens galten ihnen die Schiedsgerichtsbarkeit und der Ausbau einer internationalen Rechtsorganisation sowie eine Staatenkonföderation, bei der zunächst die Bildung der Vereinigten Staaten Europas, später verstärkt der Gedanke einer Weltkonföderation im Vordergrund standen. Die deutschen PazifistInnen des Kaiserreichs waren betont national ausgerichtet und sozial weitgehend konservativ eingestellt. Sie betonten zwar den Vorrang einer friedlichen Konfliktlösung auf dem Weg des Völkerrechts, bejahten aber die Armee und die Vaterlandsverteidigung und lehnten jede einseitige Abrüstung Deutschlands sowie die KDV ab.

Unterschiedlich bewerteten die damaligen PazifistInnen die Forderung nach einer internationalen und gleichmäßigen Verminderung der Rüstungen. Während **Bertha von Suttner** an der Forderung nach der Abrüstung festhielt, trat der Kampf um die Reduzierung der Waffenarsenale in der Theorie des „organisatorischen“ oder „revolutionären“ Pazifismus, die **Alfred Hermann Fried** nach der Jahrhundertwende entwickelte, ganz in den Hintergrund. Fried skizzierte einen weltgeschichtlichen Entwicklungsprozeß, der mittels wirtschaftlicher Verflechtungen und zunehmender Kommunika-

tionsverbindungen die vorherrschende „zwischenstaatliche Anarchie“ durch eine internationale Rechtsorganisation und letztlich durch eine internationale politische Gemeinschaft ersetzen werde, zu der sich die Staaten freiwillig zusammenschließen. Aufgabe der PazifistInnen war es hier nur noch, diesen notwendigen, natürlichen Prozeß durch ihre Aufklärungsarbeit zu beschleunigen; sie wurden bei friedfaktisch zu FriedentechnikerInnen. Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit waren für Fried bloße Symptome der zwischenstaatlichen Anarchie und daher nicht gesondert anzustreben; Rüstungen galten ihm im Sinne einer Abschreckungstheorie sogar als notwendig, um kriegerische Entladungen des zwischenstaatlichen Anarchiezustands zu verhindern.

Gegen die technokratischen Züge der Friedens Theorie betonten **Ludwig Quidde** und **Otto Umfrid** die ethische Komponente der Friedensbewegung. Für Quidde gehörten Frieden und Demokratie untrennbar zusammen; die Politik – auch die Außenpolitik – mußte sich an den ethischen Kriterien messen lassen, die für den Verkehr der Individuen untereinander als Richtschnur dienten.



Wir Anhänger des Friedens haben die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Krieg nichts Heroisches bedeutet, sondern daß er nur Schrecken und Verzweiflung über die Menschheit bringt.

Carl v. Ossietzky



Die Waffe nieder!

Ludwig Quidde: „Allgemeine, sofortige, radikale Abrüstung“

Vor dem Hintergrund der geschilderten Haltungen und Vorstellungen ist es nicht überraschend, daß sich die große Mehrheit der deutschen PazifistInnen während des Ersten Weltkriegs an der nationalen Verteidigung beteiligten. Gleichzeitig traten sie jedoch von Beginn an nationalistischem Haß entgegen und setzten sich für einen Verständigungsfrieden ein.

Im Lauf des Krieges entwickelten sich die Positionen des deutschen Pazifismus weiter. Von den Mitgliedstaaten eines neu einzurichtenden Völkerbundes wurde jetzt die teilweise Aufgabe ihrer Souveränität erwartet. Ludwig Quidde forderte im Sommer 1918 die „allgemeine sofortige radikale Abrüstung“. Vor allem erkannten die PazifistInnen den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik und verlangten eine Demokratisierung der Innenpolitik sowie eine parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Nach dem Sturz der Monarchie stellten sie sich sofort auf den Boden der Republik.

Die „radikalen PazifistInnen“: Für KDV und absolute Gewaltfreiheit

Nach dem 1. Weltkrieg differenzierte sich das Spektrum der deutschen Friedensbewegung. Einerseits entstanden neue Friedensorganisationen – u. a. die *Deutsche Liga für Menschenrechte*, der *Friedensbund der Kriegsteilnehmer*, der *Friedensbund Deutscher Katholiken*, der *Deutsche Zweig des Internationalen Frauenbundes* und die *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit* –, andererseits entwickelten sich neue pazifistische Strömungen. Im *Bund der Kriegsdienstgegner* (BdK)



Es genügt nicht mehr,
zwischen erlaubten und verbotenen Kriegen
zu unterscheiden,
sondern wir müssen wissen,
daß der Krieg selber das größte Übel,
die furchtbarste Barbarei,
der verhängnisvollste Fluch ist.

Helene Stöcker



An jedem Tag, an dem wir Rüstung dulden,
sterben unendlich viele Kinder an Hunger,
leiden an Unterernährung.

Martin Niemöller

Die Abbildungen entstammen einer Briefkartenserie, die der Materialvertrieb „PAZIFIX“ der DFG-VK Baden-Württemberg herausgebracht hat. Die Serie umfaßt 4 Klappkarten und 4 Briefumschläge mit Friedensgrafiken. Preis s. S. 29.
Bezug: PAZIFIX, Alberichstraße 9, 7500 Karlsruhe 21.

Bertha v. Suttner

Verständigung mit Frankreich und Polen

Der Flügel der „kämpferischen PazifistInnen“ in der DFG um **Fritz Küster**, **Hein Herbers** und **Friedrich Kayser** sah dagegen die Vorbedingung jeder pazifistischen Politik in der Anerkennung der deutschen Kriegsschuld. Nur dann waren ihrer Ansicht nach eine geistig-moralische Erneuerung Deutschlands und eine grundlegende Abkehr von der preußisch-militaristischen Tradition möglich. Die „kämpferischen PazifistInnen“ akzeptierten den Versailler Vertrag als Ausfluß der deutschen Kriegsschuld; sie unterstützten den Völkerbund, propagierten gleichzeitig KDV und Generalstreik und setzten sich engagiert für eine Verständigung mit Frankreich und Polen ein. Ihr vorrangiges Kampffeld sahen sie freilich in der Innenpolitik, wo es die preußisch-militaristischen Bastionen zu schleifen galt. Zwar orientierten sich auch die „kämpferischen PazifistInnen“ an den republikanischen Parteien und insbesondere an der SPD, doch zielten sie auf eine eigene Massenbasis zwecks Bildung einer geschlossenen pazifistischen Kampffront ab. Tatsächlich kam es jedoch zwischen den PazifistInnen zunehmend zu Streitigkeiten, so daß auch sie trotz teilweise tapferer Gegenwehr der nationalsozialistischen Offensive am Ende der Weimarer Republik weitgehend hilflos gegenüberstanden.

Nach dem 2. Weltkrieg: Bewegung für KDV und Abrüstung

In der Bundesrepublik verengte sich der Begriff Pazifismus in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit auf die KDV nach Art. 4, 3 Grundgesetz, zumal die größeren pazifistischen Organisationen – die *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IDK), der *Verband der Kriegsdienstverweigerer* (VK), mit Abstrichen auch die DFG und der *Versöhnungsbund* – ihre öffentliche Propaganda auf die KDV konzentrierten.

Pax Christi und die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* wandten sich in den 70er Jahren neben der Versöhnungsarbeit auch friedenspolitischen Aktivitäten zu; mit der *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen* und *Ohne Rüstung leben* differenzierte sich das pazifistische Organisationsspektrum im gleichen Jahrzehnt weiter aus. DFG, IdK und VK – seit 1974 in der

Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zusammengeschlossen – haben in den vergangenen 40 Jahren weitgehend eine pragmatische Politik betrieben, die zwar seit den 60er Jahren als „politischer Pazifismus“ bezeichnet wurde, tatsächlich aber eine Synthese aus KDV sowie der Förderung nach Abrüstung und politischer Friedenssicherung ohne weitergehende theoretische Fundierung darstellte.

„Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“

Größere Bedeutung in jüngerer Vergangenheit erlangte der „Atom Pazifismus“, der nicht die Rüstung schlechthin, sondern vorrangig die Atomwaffen ablehnt und sich in der „Kampf dem Atomtod“-Bewegung 1957/58, der Ostermarschbewegung der 60er Jahre und der Antiraketenbewegung der frühen 80er Jahre niederschlug. Vordenker wie der Exilbulgare **Theodor Michaltschew**, lange Jahre „der Theoretiker“ der IdK, und Prof. **Nikolaus Koch** haben versucht, die Theorie der Gewaltlosigkeit und ihre konstruktiven Alternativen auszuloten, haben aber in den Friedensorganisationen nur wenig Gehör gefunden; auch die Theorie der Sozialen Verteidigung ist weitgehend außerhalb der pazifistischen Organisationen entwickelt worden. Im letzten Jahrzehnt hat sich die pazifistische Diskussion allerdings intensiviert. Außer der Erweiterung des KDV-Begriffs – neben die Verweigerung nach Art. 4, 3 GG sind die Totalverweigerung, die Kriegssteuerungsverweigerung und die Verweigerung der Einplanung in die Zivilverteidigung getreten – ist auch die ökologische Dimension des Friedens (Bewahrung der Schöpfung) zunehmend in die Überlegungen aufgenommen und seine soziale Komponente (Gerechtigkeit) wiederentdeckt worden. Wichtig erscheint mir heute, daß die PazifistInnen über diese wichtigen Aspekte hinaus über Organisationsmodelle ethnischen Zusammenlebens und die Zusammenhänge zwischen dem System der Nationalstaaten und kriegerischer Gewalt nachdenken und daß sie den Instrumenten nichtmilitärischer Konfliktlösung wie auch dem Ausbau völkerverbindender Versöhnungsarbeit kreative Aufmerksamkeit schenken.

* Dr. Guido Grünwald ist Historiker, Journalist und internationaler Sprecher der DFG-VK.

sammelten sich erstmals jene PazifistInnen, die jeden direkten und indirekten Kriegsdienst ablehnten und auf der Grundlage absoluter Gewaltlosigkeit in einer umfassend verstandenen KDV (einschließlich Verweigerung bestimmter Arbeiten und Ablehnung eines zivilen Alternativdienstes) das wichtigste Mittel zur Verhinderung von Kriegen sahen. Der BdK war Mitglied der 1921 gegründeten internationalen KDVer-Organisation *War Resisters International*, deren Grundsatzklärung antikapitalistisch ausgerichtet war und anarchistische Züge trug.

Ebenfalls antikapitalistisch eingestellt war der Flügel der „radikalen PazifistInnen“ in der DFG, wobei teilweise eine Personalunion mit dem BdK bestand. Die radikalen PazifistInnen um **Kurt Hiller** und **Helene Stöcker** gingen vom Prinzip der „Heiligkeit des menschlichen Lebens“ aus. Sie lehnten daher jeden Krieg, auch einen Exekutionskrieg des Völkerbundes, konsequent ab und traten für KDV und Generalstreik als Mittel der Kriegsverhinderung ein. Dagegen blieben die „organisatorischen PazifistInnen“ (**Ludwig Quidde**, **Hans Wehberg**) weiterhin am Völkerrecht orientiert. Sie wollten den Frieden durch den Ausbau der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Beziehungen zwischen den Staaten sichern und setzten sich für die Stärkung des Völkerbundes und seine demokratische Kontrolle ein. Die organisatorischen PazifistInnen bejahten weiterhin die Vaterlandsverteidigung und einen Sanktionskrieg des Völkerbundes, da dem Recht gegen Aggressionen notfalls auch mit Gewalt Geltung verschafft werden müsse. Innenpolitisch versuchten sie, auf die republikanischen Parteien und die Regierungen in ihrem Sinne Einfluß zu gewinnen.

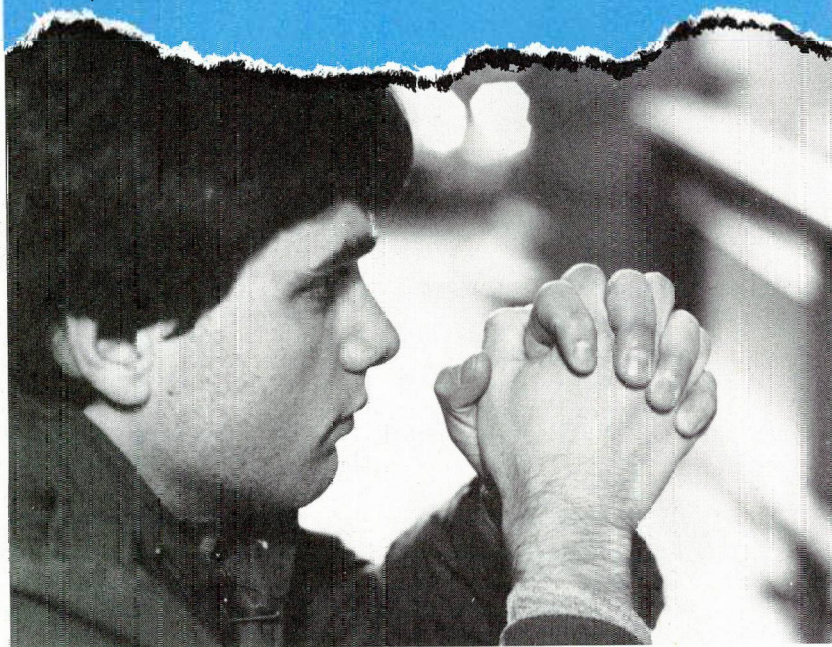
Beten für den Frieden – was bringt

Kontrovers

„Für den Frieden“: Den Kriegsdienst verweigern oder zum Bund gehen; abrüsten oder neue Waffen erfinden; schweigen oder laute Lieder singen; Bücherschreiben, Reden halten, Friedenspreise verleihen, Gruppen gründen, Demos veranstalten, Gelöbnisse sprechen, beten...

Wodurch nun wirklich der Frieden vorangebracht wird, bleibt umstritten – gerade wenn sichtbare Erfolge auf sich warten lassen. Besonders wenig Einigkeit besteht auch in der Frage:

Beten für den Frieden – was bringt denn das? wub hat zwei Menschen, die sich beide intensiv für den Frieden engagieren, um ihre Meinung gebeten. Hier sind die Antworten, für die wir den Autoren sehr herzlich danken. W. Sch.



„Schwerter zu Pflugscharen“ weiterhin als Leitthema. Das Friedensgebet war eine der Keimzellen für die politischen Veränderungen 1989/90, die zum Ende der DDR führten. Von ihm ging auch die Gewaltlosigkeit der Revolution aus.

Nach diesem Erfolg hörten die Christen in Leipzig nicht auf mit dem Friedensgebet. Vielmehr wurden sie durch Gottes Gegenwart, die sich in dem Wunder des 9. Oktober 1989 zeigte, in der Beharrlichkeit des Gebetes bestärkt.

Durch die Wirkung der Friedensgebete erleben die Menschen, daß der Glaube für uns mehr bereithält als die fatalistische Formel „Jetzt hilft nur noch beten“: konkrete Veränderung, ja sogar Wunder. Gott läßt unsere Gebete nicht ins Leere gehen. Er befreit uns auch von bloßem Aktionismus. Denn wir Menschen sind mitnichten in der Lage, all die Probleme zu lösen, die der dringenden Fürbitte bedürfen. Wir sind auf das gegenwärtige Wirken Gottes angewiesen.

Deswegen liegen viele Menschen Gott weiter mit Gebet, Verkündigung und Information beim traditionellen Friedensgebet in den Ohren: „Verleih uns Frieden gnädiglich...“. Nichts kommt von selbst. Auch nicht der Friede. Er muß erbetet, erglaut und errungen werden... gerade jetzt, wo unser Zusammenleben durch Bürgerkriege und Gewaltexzesse, durch den Verlust der menschewürdigen Maßstäbe Jesu äußerst bedroht ist.

„Kerzen gegen Gewalt“

Wenn wir derzeit die montäglichen Friedensgebete verbinden mit einer Schweigedemonstration von der Nikolaikirche zur Thomaskirche unter dem Motto „Kerzen gegen Gewalt“, wenn Menschen sich durch das Gebet ermutigt fühlen, auf Fremde zuzugehen, Vorbehalte abzuschütteln, konkrete Hilfe zu leisten, Rechtsradikalismus mit der Geistesgegenwart des Glaubens entgegenzutreten, dann ist das kein Ersatz für das Gebet, auch kein mangelndes Gottvertrauen, sondern das praktizierte, verlängerte „Amen“ – mehr noch: es ist Ausdruck der Dankbarkeit dafür, daß Gott für uns den Weg des Friedens ebnet. Denn das ist gewißlich wahr: Gott wartet und antwortet auf unsere aufrichtigen Gebete und unsere verantwortlichen Taten (Dietrich Bonhoeffer).

* Christian Wolff, 42 Jahre, ist seit März 1992 Pfarrer an der Thomaskirche in Leipzig und war davor 15 Jahre Gemeindepfarrer in Mannheim.

„Aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten“

Von Christian Wolff *

Am 15. Januar 1991 – einen Tag vor Ausbruch des Golfkrieges – wurde in vielen Zeitungen ein Foto veröffentlicht, das den amerikanischen Präsidenten George Bush und seine Frau Barbara ins Gebet vertieft zeigte – so, als ob zu diesem Zeitpunkt nicht entschieden gewesen wäre, daß einen Tag später Iraks Städte bombardiert würden.

Am 16. Januar 1991 erschien die Bild-Zeitung mit der Balkenüberschrift: „Jetzt hilft nur noch beten“ – so, als ob das Beten politisches Handeln ersetzen könnte.

Deutlich wird an diesen Vorgängen, wie das Gebet instrumentalisiert werden kann für Entscheidungen, die schon längst festliegen; und was passiert, wenn sich Gebet und Handeln nicht mehr gegenseitig bedingen. Dann nämlich kann man für den Frieden beten und gleichzeitig den Krieg vorbereiten und führen.

Die Trennung zwischen Gebet und Tun verbietet sich aber. Schon die biblischen Propheten machen darauf aufmerksam, daß die Inhalte des Gebetes unseren Lebensalltag bestimmen müssen: „Ihr geht euren Geschäften nach und beutet eure Arbeiter aus... Darum kann euer Gebet nicht zu

mir dringen.“ (Jesaja 58,3.4). Die Frage ist nicht, ob das Gebet mit einem Handeln, mit einer Aktion verbunden werden darf, sondern: ob das Handeln, die Aktion, ob unser Leben dem Gebet entspricht.

Seit 10 Jahren: Friedensgebete in Leipzig

Seit nunmehr 10 Jahren treffen sich in der Leipziger Nikolaikirche Christen (und Nichtchristen) zum Friedensgebet – jeden (!) Montag um 17.00 Uhr. Dabei gilt die prophetische Verheißung



13.02.89, Dresden: „Ökumenisches Nachtgebet“

Foto: epd

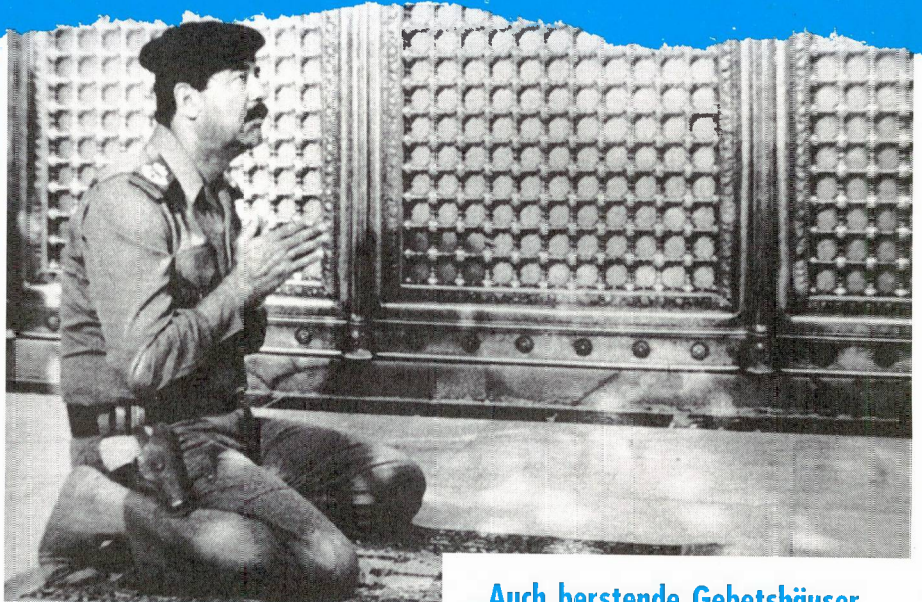
„Hört auf zu beten – fangt an zu denken!“

Von Gunnar Schedel*

Zum Beten bedarf es wenig; nach meinen Informationen nur etwas Konzentration. Der Erfolg, der durch diesen vergleichsweise geringen Aufwand erreicht wird, ist dagegen so phänomenal, daß es als nachahmenswertes Handlungsmuster erscheint. So hat die amerikanische Nation sich im Golfkrieg gegen den Irak zum Sieg gebetet, wie George Bush in seiner Proklamation zu den „nationalen Danksagungstagen“ betonte. Und auch in den Hugenottenkriegen und dem Dreißigjährigen Krieg, während der Türken- und während der Spanischen Erbfolgekriege wurde inbrünstig für den Sieg gebetet; selbst noch im aufgekärten 20. Jahrhundert wurde kein Weltkrieg ohne eifriges Beten gewonnen. Freilich waren auch so manche BeterInnen erfolglos. Saddam Hussein zum Beispiel, dem mensch immerhin noch vorhalten könnte, er habe den ganzen Firlefanz mit heiligem Krieg usw. nur aus politischer Berechnung inszeniert und sei damit eben auf die Nase gefallen. Oder Ayatollah Khomeini, in seiner religiösen Hingabe sicherlich ernster zu nehmen. Und dann die Niederlage ausgerechnet gegen jenen Saddam, der soeben noch wegen unlauterer Beterei disqualifiziert wurde.

9.10.89, Mahnwache vor der Ostberliner Gethsemane-Kirche.

Foto: dpa



Saddam Hussein beim Beten.

Foto: dpa

Bei genauem Hinsehen stellt sich heraus, daß die Erfolgsquote ziemlich genau 50 % beträgt – ohne daß freilich erkennbar würde, warum nun ausgerechnet in jenem Krieg dieser Gott jenem Heerführer zum Sieg verhilft, während jener Gott diesem Heerführer erfolglos beispringt. Liegt an den Launen der Himmlischen, daß so manches Gebet unerhört verhallt (oder realistisch: verröchelt); ist „dort oben“ vielleicht auch eine Hackordnung eingerichtet, mit mächtigen Alphagöttern und schwächtigen Omegas; oder sind ab und an halt nur die Leitungen besetzt? Wer weiß?

„Auch berstende Gebetshäuser hätten den Golfkrieg nicht verhindert.“

Für die Friedensbewegung ist die Sache natürlich ein wenig anders gelagert. Denn ist das Kriegsgebet eindeutig egoistisch motiviert, verfolgt das Friedensgebet altruistische Absichten. Will es doch den Frieden und damit das Beste für alle. Und ein Schuft, wer behauptet, dieses Wollen und Beten sei reichliche Bequemlichkeit. Weil es drinnen im Betsaal wärmer sei als draußen, auf den Demos und Blockaden; weil die stille Zwiegespräche mit Gott weniger Überwindung koste als das heftige Wortgefecht mit Kriegstreibern und weniger Arbeit bedeute, als Unentschlossene mit Argumenten zu versorgen oder Gleichgültige durch Appelle aufzurütteln; weil es doch weitaus weniger risikobeladen sei, Gottes Segen auf die irdischen Hütten herabzurufen, als in selbigen Deserteure zu beherbergen.

Doch auch ohne ein solcher Schuft zu sein, mußte ich angesichts des Wollens und Betens meist an Arno Schmidts Ausspruch denken, daß als Gegenteil von *gut* keineswegs *schlecht*, sondern *gut gemeint* anzusehen sei. Und ich bin mir sogar ziemlich sicher, daß sogar berstende Gebetshäuser und Düsenjäger überschallende Choräle den Golfkrieg nicht verhindert hätten. Denn dieser Krieg wurde, wie jeder andere auch, letztlich aus wirtschaftlichen, politischen und sonstigen äußerst weltlichen Überlegungen heraus vom Zaun gebrochen.

Ein Freund, der ein wenig phlegmatisch ist, den ich aber ansonsten sehr schätze, hielt mir vor, ich wähle die falschen Beispiele und lege deshalb den Maßstab zu hoch an. Er bete seit acht Jahren dafür, daß nie ein Krieg zwischen Irland und Laos ausbreche, und den offensichtlichen Erfolg werde ich ja wohl nicht leugnen wollen. Ich leugnete nicht und wurde nachdenklich.

Auf einer der zahlreichen Demonstrationen, die den Krieg der Alliierten gegen den Irak zugebenermaßen auch nicht verhindert haben, sah ich ein Transparent: *Hört auf zu beten, fangt an zu denken!*

* Gunnar Schedel ist Mitglied im Bundesausschuß der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Mitarbeiter der Zeitschrift MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit, politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistInnen.

WACHT UND BETET
MAHNWACHE UND
FÜRBITTE FÜR DIE ZU-
UNRECHT INHAFTIERTEN



Sich schützen kann nützen (1. Teil)

Wie man sich vor unnötigen Schädigungen im Zivildienst schützen kann

Von Reinhard Becker

Wie in Stein gemeißelt steht da ein Satz im Zivildienstgesetz (§ 27, Abs. 3): „Er (der ZDL) muß die mit dem Dienst verbundenen Gefahren auf sich nehmen...“

Sollte einem ZDL eine dieser Gefahren ernstlich widerfahren, dann wird er vom Bund für diese Schädigung natürlich entschädigt. Und für den Grad der Schädigung gibt es eine Liste in den Verwaltungsvorschriften des Bundesversorgungsgesetzes, die akribisch Prozentpunkte für den Grad der Schädigung angibt (hier Erwerbsminderung genannt), wie z. B.

- Schädelnarben mit Verlust von Knochenmasse 30 %
- Völliger Verlust der Nase 50 %
- Verlust des männlichen Gliedes 50 %
- Verlust beider Ohrmuscheln 30 %
- Abstoßend wirkende Entstellung des Gesichts 50 %
- usw. bis zum Verlust der Füße.

Wie üblich und auch hier wieder deutlich erkennbar, orientieren sich die Maßstäbe für den Zivildienst immer noch an Militär und Krieg.

Der Verlust des Verstandes ist in dieser Liste nicht genannt. Er würde vermutlich die Erwerbsfähigkeit im Sinne dieser Liste ohnehin nicht beeinträchtigen, denn es soll ja eine ganze Reihe von Personen geben, die nicht „ganz bei Trost“ sind und dennoch in wichtigen Positionen arbeiten.

Wenn auch im Zivildienst derartige Tätigkeiten mit der Lupe gesucht werden müßten, gibt es nichtsdestoweniger Arbeiten, die mit Gefahren und möglichen Dauer Schäden für Geist, Leib und Gesundheit verbunden sind. Warum also das Schicksal herausfordern, eine Schädigung riskieren und das Nachsehen haben, wenn der ZDL vorbeugen kann. Zu den Tätigkeiten mit solchen Risiken zählen z. B. Gesundheitswesen, Rettungsdienst, Kraftfahrdienst, Arbeit in Bauhöfen, Gärtnerei, Müllbeseitigung und Umweltschutzarbeiten.



Zeichnung: wub/Matz

Tätigkeiten im Gesundheitswesen

Überall dort, wo die Gefahr besteht, sich zu infizieren, wäre es bodenloser Leichtsinns, auf vorbeugende Maßnahmen zu verzichten. Das gilt für den gesamten Bereich der Pflege, den Rettungsdienst und ganz besonders für die Arbeit in Infektionskrankenhäusern und -Abteilungen, Operationsbereiche, Intensivstationen, Dialyse-Einheiten, Laboratorien, Lungen-Sanatorien und -Abteilungen, Sterilisation und Desinfektion, Hauskrankenpflege u. ä.

Hierzu gelten für die ZDL die gleichen Schutz- und Vorbeugebestimmungen wie für die übrigen Beschäftigten in der Dienststelle. Beispiele für Vorbeugemaßnahmen:

- Unterweisung und Belehrung des ZDL durch die Dienststelle über mögliche Gefahren
- arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung

- Immunisierung/Impfungen, besonders bei übertragbaren Krankheiten
- Schutzkleidung wie: weißer Kittel, wasserfeste Handschuhe und Schürzen, evtl. Gesichtsschutz und Kopfschutz; im Rettungsdienst: Schutz wg. HIV-Infektionsgefahr.

Die Kosten für diese Vorbeuge-Maßnahmen, auch für die Schutzkleidung, muß die Beschäftigungsstelle tragen (Leitfaden G 3, 2.1).

Besonders wichtig:

Die häufigste berufsbedingte Infektionskrankheit bei medizinischem Personal ist die Hepatitis-Erkrankung. Deshalb ist unbedingt vorbeugende Impfung anzuraten!

Die Kosten für diese Hepatitis-B-Schutzimpfung übernimmt das Bundesamt für ZD – außer bei Dienst im Krankenhaus und im Rettungswesen, bei denen es Sache der Dienststelle ist. Ihnen kann lediglich der Impfstoff vom BAZ erstattet werden (Leitf. G 3, 2.2).

Tätigkeiten im Gartenbau und Umweltschutz, auf Bauhöfen und bei der Müllbeseitigung

Wer größere Gegenstände oder Bauteile abräumen, Lacke und umweltschädigende Substanzen beseitigen, in Werkstätten für Behinderte mit Maschinen umgehen muß, ist stets der Gefahr einer körperlichen Verletzung ausgesetzt. Auch hier heißt die Devise: Vorbeugen.

Beispiele für Vorbeugemaßnahmen:

- Information über Unfall- und Gesundheitsgefahren von der Beschäftigungsstelle verlangen
- Tetanus-Schutzimpfungen (am besten gleich bei der Einstellungsuntersuchung)
- Schutzkleidung, je nach Tätigkeit, wie Schutzhelm, -brille, feste Arbeitsschuhe, -handschuhe, Atemmaske, Schutzanzug (der sog. Blaue), wasserdichte Handschuhe und Schürze.

Die Kosten für die Impfung übernimmt das BAZ. Für Schutzkleidung muß die Beschäftigungsstelle aufkommen.

Wichtig: Hinweis zur Schutzkleidung. Es soll immer noch Beschäftigungsstellen geben, die die Arbeitskleidung des ZDL (das, was er an eigenen Kleidern im Dienst trägt und für die er Kleidergeld erhält) mit der Schutzkleidung verwechseln. Hier kein Pardon geben, es geht um den Schutz vor unnötigen, unter Umständen dauerndem Schaden. Es ist immer besser sich vorzusehen, als das Nachsehen zu haben.

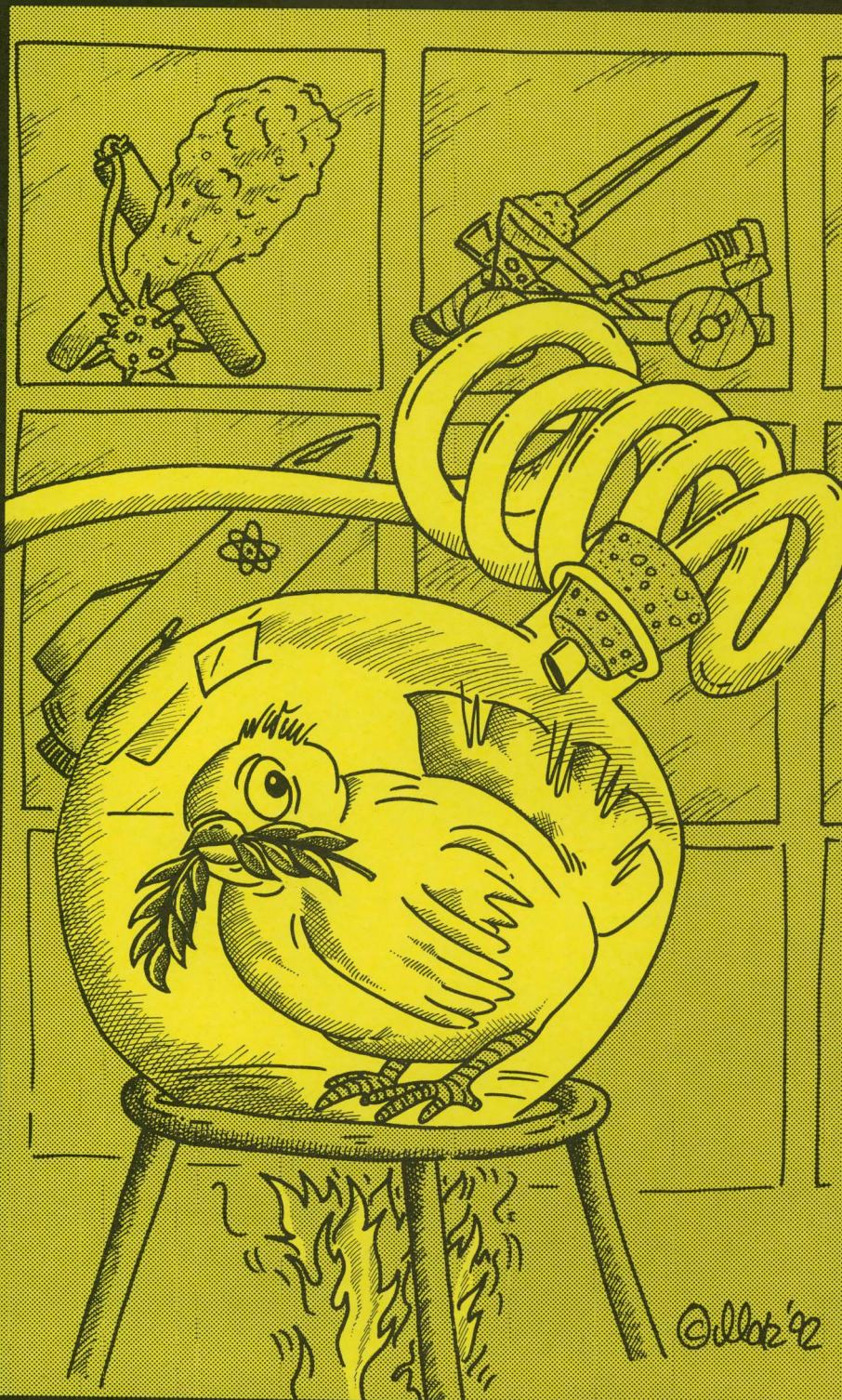
Die Kosten für die Impfung übernimmt das BAZ. Für Schutzkleidung muß die Beschäftigungsstelle aufkommen.

Tips:

- Von der Dienststelle grundsätzlich Informationen über Unfall- und Gesundheitsgefahren abfragen.
- Bei der Einstellungsuntersuchung vom beauftragten Arzt ein Impfbuch ausstellen lassen.
- Wer gesundheitsschützende Maßnahmen z. B. im Pflegebereich ablehnt, kann dort nicht eingesetzt werden. Er riskiert unter Umständen eine Versetzung.
- Eine ausführliche Information über Vorbeuge- und Schutzmaßnahmen im Gesundheitswesen mit der Bezeichnung „VBG 108“ ist erhältlich bei: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Pappelallee 35/37, 2000 Hamburg 76.

Teil 2 folgt in der nächsten wub: Was mache ich, wenn doch ein Schaden eintritt?

FRIEDENSFORSCHUNG



Umstritten bis unbeliebt, chronisch unterernährt und inzwischen akut vom Tod durch Aushungern bedroht – so etwa läßt sich die aktuelle Situation der deutschen Friedens- und Konfliktforschung auf den Punkt bringen.

Abgelehnt und angefeindet wurde die Friedensforschung von konservativen Politikern und Wissenschaftlern seit ihrer Gründung in den 70er Jahren. Zündstoff für den Streit bot für viele schon der Name: „Friedensforschung“, auch heute noch klingt das in den Ohren vieler Akademiker nicht wissenschaftlich, nicht wertfrei genug. Die Jurisprudenz, so heißt es, nenne sich schließlich auch nicht „Gerechtigkeitswissenschaft“, oder die Medizin nicht „Gesundheitswissenschaft“.

Daß jetzt allerdings nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Friedensforschung total „abgewickelt“ werden soll, das kam dann auch für die kritikgewohnten FriedensforscherInnen überraschend.

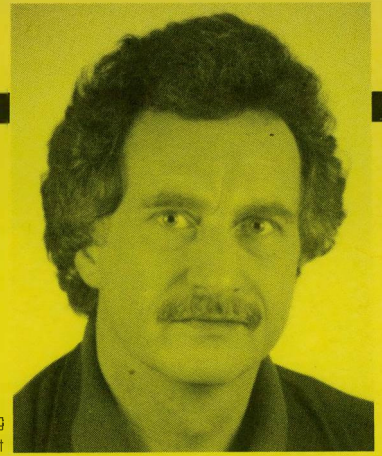
Während in der Rüstungsforschung nach wie vor Rotstifte gänzlich unbekannte Objekte sind, scheint die Bundesregierung fest entschlossen, auf das Ende der gegenseitigen militärischen Bedrohung ausgerechnet mit der Einstellung der Friedensforschung zu reagieren: Ende '95 soll Schluß sein mit der Förderung durch den Bund. Dabei sind die Förderbeträge schon heute kaum der Rede wert. Die 2,3 Mio Mark, die für das Jahr 1993 vorgesehen sind, „verfrühstückt“ die militärische Forschung in knapp sechs Stunden. Von 100 Mark, die der Bund für die Forschungsförderung ausgibt, entfallen noch nicht einmal 1 1/2 Pfennige für die Friedensforschung, das hat die SPD-Abgeordnete Edelgard Bulmahn ausgerechnet. Schon nach elf Stunden schießen die öffentlichen Mittel der Weltraumforschung steil über den Jahreszuschuß der FriedensforscherInnen hinaus. Angesichts der Kriege in Europa und der Gewalt in unserem eigenen Land sieht der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Dr. Wolfgang Vogt, in der Streichung der Geldmittel einen Skandal. Er fordert: „Einen Panzer für die Friedensforschung!“ Was er und seine KollegInnen damit – und mit den Friedenstauben – wirklich vorhaben, das steht auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

Zeichnung: wub/Matthias Scharpf

„Ich fordere einen Panzer für die Friedensforschung“

wub-Gespräch mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), Dr. Wolfgang R. Vogt.



Dr. Wolfgang R. Vogt

wub: Herr Dr. Vogt, von der Krebsforschung und ihren Erfolgen hört man viel, über Welt- raumforschung oder die Arbeit der Meeresfor- scher liest man in der Zeitung, aber bitte: Was macht eigentlich ein Friedensforscher?

Vogt: Friedensforscher und Friedensforscherin- nen befassen sich im wesentlichen mit zwei Aufgabenfeldern. Ein erster Komplex bezieht sich auf die Frage: Wie ist Gewalttätigkeit in un- serer Welt abzubauen, wie sind die Mittel der Gewalttätigkeit – auch das Militär – zu reduzie- ren? Der zweite große Bereich befaßt sich mit der Frage: Wie läßt sich die Zivilisierung des menschlichen Zusammenlebens in und zwi- schen den Gesellschaften voranbringen, so daß Gewalttätigkeit nicht mehr Mittel von Ausein- andersetzungen ist.

wub: Wie muß man sich das konkret vorstel- len?

Vogt: Lassen Sie mich ein paar Beispiele nen- nen: Einige Friedensforscher und -forscherin- nen bearbeiten die Frage der globalen Bedro- hung unserer Existenz durch Militärgewalt und durch das Arsenal der Massenvernichtungsmi- tel. Andere untersuchen die Umweltprobleme und fragen, wie man z. B. die Weltwirtschaft anders organisieren kann. Wieder andere interes- siert vor allem die Installation friedensregeln- der Institutionen, wie den Ausbau der UNO, den Ausbau der KSZE, die Übertragung des KSZE-Modells auf andere Regionen, die bisher keine solchen Regelungs-Instanzen haben.

Einige beschäftigen sich auch mit Proble- men aus dem Nahbereich der Menschen, also mit lokalen und regionalen Fragen: Wie ist bei- spielsweise die Konversion, die Überführung ei- nes Truppenübungsplatzes in ein Freizeitgelän- de zu ermöglichen, nachdem die Bedrohung Ost-West in der Form wie bisher nicht mehr exi- stiert?

wub: Und was passiert dann mit den Ergeb- nissen?

Vogt: Die Friedensforschung beschreibt zu- nächst einmal Zusammenhänge und Entwick- lungen, die sie für wichtig hält in Hinsicht auf Friedens- und Konfliktprobleme – das ist ihr **empirischer Aspekt**. Zweitens fragt sie nach den Ursachen, nach den Bedingungen der Zu- sammenhänge – das ist ihr **theoretischer Aspekt**. Drittens versucht sie dann, ihre Ergeb- nisse in die Politikberatung und ins öffentliche Bewußtsein umzusetzen – das ist dann der **praktisch-politische Aspekt**.

Das heißt, sie berät dann unter anderem die Parteien, wirkt ein auf politische Zusammen- hänge. Sie gibt ihre Ergebnisse aber auch an Ge- werkschaften, Betriebsräte, Unternehmenslei- tungen, Lehrer etc. weiter und versucht so, eine praktische Umsetzung ihrer Forschungsergeb- nisse herbeizuführen. Und schließlich viertens – das ist der **ethisch-normative Aspekt** – orien- tiert sich Friedens- und Konfliktforschung bei ihrer Themenwahl und ihrer Verwertung der Er- kenntnisse an den Prinzipien einer zivilisierten Friedensentwicklung.

wub: Wenn es, wie sie eingangs sagten, um „Reduzierung der Gewaltmittel“ geht, also um die Reduzierung der Armeen, dann wäre Friedensforschung auch sowas wie „Ab- rüstungsforschung“?

Vogt: Ja, selbstverständlich. Das ist traditionel- lerweise sogar ein großer und wichtiger Aufga- benbereich: Die Analyse von Möglichkeiten zur Verminderung von Gewaltmitteln und Ge- waltursachen, und damit auch die Reduzierung von Streitkräften – den schnellstmöglichen und weitestgehenden Abbau militärischer Gewalt- mittel in jedweder Form.

Zweitens: Wie ist diese Kriegsgewaltdyna- mik zu unterbrechen?

Drittens: Wie sind stabile Friedensordnun- gen zu etablieren?

Hier hat die Friedensforschung einen sehr klaren Ansatz. Sie sagt: Das entscheidende ist, präventive, also vorsorgliche Mittel zu entwick- eln, damit in Zukunft besser als bisher sicher- gestellt werden kann, daß schwerwende Konflik- te nicht zu blutigen Kriegen werden. Man muß demnach an die Ursachen heran. Es müssen fair- e Lösungen entwickelt und verhandelt werden, damit die Streitparteien gar nicht erst zur Waffe



„Gewalteskalaion“ – Frische Gräber auf einem Friedhof in Sarajevo (15.9.92)

Foto: dpa

Friedensforschung und der Krieg in Jugoslawien

wub: Was „militärische Gewaltmittel“, wie Sie sagen, anrichten können, erleben wir augenblicklich in Jugoslawien. Wo hat sich die Friedensforschung im Vorfeld mit diesem Kri- senherd befaßt und wo befaßt sie sich heute noch damit?

Vogt: Die Friedensforschung steht wie die Frie- dens- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts vor neuen Herausforderungen. Neu sind die Ausbrüche von Gewaltexzessen, von Krisen, von regionalen Konflikten, und das sind eben auch die aktuellen Forschungsfelder der Frie- densforschung. Hier geht es erstens darum zu fragen: Wie sind diese Konflikte entstanden?

greifen, um ihre Interessen blutig gegeneinan- der durchzusetzen.

Die andere große und umstrittene Frage lau- tet dann: Welche Möglichkeiten der Interven- tion muß es geben, um ausgebrochene Konflik- te möglichst schnell und mit möglichst wenig weiterem Blutvergießen zu einem friedlichen Ende bringen zu können? Und hierbei ist der Schwerpunkt eindeutig auf die Analyse gewalt- loser Mittel zu legen – z. B. wirtschaftliche Em- bargomaßnahmen – um militärische Interven- tionen zu vermeiden.

wub: Hat die Friedensforschung nicht auch sowas wie eine „Warnfunktion“? Konkret: Hätte die Friedensforschung nicht längst vor- hersagen können, daß es zu Kriegen kommen werde, wenn dieser künstliche Staat auseinan- derfällt?

Vogt: Die Friedensforschung hat schon sehr früh darauf hingewiesen, daß Jugoslawien ein Krisen- und Konfliktherd werden wird, wenn

dort die alte Herrschaftsklammer der kommunistischen Ideologie zerbricht. Sie hat sehr früh aufgezeigt, daß es notwendig ist, den unterschiedlichen nationalen bzw. politischen Strömungen ein Integrationskonzept anzubieten, um einer Flucht in die Gewalteskalation zuvorzukommen. Es sind deshalb Modelle entwickelt worden, die etwa so ausgesehen haben, daß die Europäische Gemeinschaft den verschiedenen politischen Gruppierungen in dem ehemaligen Jugoslawien anbietet, assoziatives Mitglied in der Gemeinschaft zu werden, um dann beispielsweise in 10 Jahren die EG-Vollmitgliedschaft zu erhalten. Es ging darum, rechtzeitig ein Konzept zu entwickeln, das mit entsprechenden Strukturhilfen ausgestattet ist, um diesen Ländern auch ökonomische Chancen zu bieten. Das Konzept basierte auf der Idee, Europa so zu gestalten, daß es sich auch nach Süden hin öffnet und für die jugoslawischen Staaten Eintrittsmöglichkeiten vorsieht und bereithält. Dies ist leider politisch versäumt worden – hier liegt ein ganz erhebliches Versäumnis der EG. Möglicherweise hätte durch ein zukunftsweisendes Integrationsangebot der EG der Bürgerkrieg verhindert werden können.



„Kriegsgewaltdynamik“ – Kinder in den Straßen von Sarajevo imitieren den Krieg der Großen. Foto: dpa

Situation ist die UNO bisher völlig unzureichend ausgestattet. Was wir dringend benötigen ist eine Grundreform und Weiterentwicklung der UNO zu einem handlungsfähigen Zentrum für globale Krisenbewältigung.

Zahl von Jugendlichen in Westdeutschland und jetzt natürlich auch verstärkt in Ostdeutschland. Das hat zu tun mit einer Gewalttätigkeit, die in unserer Gesellschaft drinsteckt. Man muß sich nur einmal die Fernsehprogramme anschauen – die vielen Toten pro Woche, die per Videocassette und per Fernsehschirm in die Wohnstuben transportiert werden – dann hat man eine Vorstellung davon, in welcher gewalttätigen Kultur wir letztlich leben. Die Friedensforschung hat sehr klar darauf hingewiesen, daß die Bedingungen und Strukturen unseres Gesellschaftssystems bisher keine echte Friedenskultur entstehen lassen, sondern Aggression und in vielfältiger Weise Gewalttätigkeit gebären. Hinzu kommt, daß wir zwar sehr qualifizierte Ausbildungen in vieler Hinsicht erfahren, aber wir haben keine fundierte Ausbildung zum Beispiel für eine konstruktive Beilegung von Streitigkeiten. Wir haben „richtig streiten“ nicht wirklich gelernt; deshalb wird dann oft im Konfliktfall zur Gewalt gegriffen. **wub:** Wenn Sie sagen, die Friedensforschung hätte seit den 80er Jahren auf die Zunahme des Gewaltpotentials hingewiesen: Wer hat denn dann geschlafen? Warum hat man nicht gegengesteuert, warum steht man jetzt so hilflos da?

Vogt: Verschärft worden ist die Entwicklung natürlich durch die Vereinigung zweier sehr unterschiedlicher Gesellschaften, Ost- und Westdeutschland. Hier muß man sagen, daß sich das – in beiden Teilen – bestehende Konfliktpotential durch die Vereinigung zusätzlich verschärft hat und die Frage ist: Mit welcher Politik hätte sich auch hier vorsorglich Aggression und Gewaltpotential abbauen lassen? Und hier sage ich: Die praktizierte Regierungspolitik hat es nicht vermocht, diese Gewaltpotentiale abzubauen, sondern sie hat durch bestimmte Richtungsentscheidungen erheblich mit dazu beigetragen, daß diese Aggressionen entstehen konnten.

wub: Was meinen Sie konkret mit 'Richtungsentscheidungen'?

Vogt: Ich meine damit, daß in dieser dynamischen Marktwirtschaft kein Korrektiv eingebaut worden ist, um einen Ausgleich hin auf eine stärkere Gerechtigkeit der sozialen und ökonomischen Verteilung zu schaffen. Es ist vielmehr so, daß durch langanhaltende hohe Arbeitslosigkeit, durch gravierende Wohnungsnot, durch eine bewußte Politik der Umverteilung von „unten“ nach „oben“ die wirtschaftliche Ungleichheit im letzten Jahrzehnt dramatisch zugenommen hat. Dadurch ist – wen kann es wundern? – ein Ausgrenzungs- und Aggressionspotential entstanden, das sich jetzt in Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus entlädt.

Forts. nächste Seite



„Aggressionspotential“: Steine und Brandflaschen auf die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt, 6.9.92

Foto: dpa

wub: Verhindert werden könnten – jetzt noch! – ähnliche Entwicklungen in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Man muß ja kein Pessimist sein um zu befürchten, daß dort – wie jetzt in Georgien – noch eine ganze Reihe von Kriegen drohen.

Vogt: Es gibt aus der Friedens- und Konfliktforschung Modelle einer vorsorglichen Politik für den Bereich der GUS-Staaten, wobei man sagen muß: Dieses ist ein derart komplizierter Großbereich, daß es sicherlich darauf ankommen wird, eine konflikteinbegende Politik zu betreiben und sich auf die gefährlichsten Krisenregionen zu konzentrieren. Das kann sicherlich Europa nicht allein leisten, hier wäre erforderlich, daß die Vereinten Nationen mit ihren Möglichkeiten mitwirken. Allerdings: Wir haben heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, eine Kette aufbrechender, nachholender Konflikte. Neue Grenzen werden gezogen, neue Nationalstaaten werden gegründet. Und für diese

Friedensforschung und die Rechtsradikalen

wub: Gewalttätige Konflikte haben wir ja derzeit auch hier bei uns: Neonazis und Skinheads, die Ausländer und Flüchtlinge angreifen und totschiessen. Kam diese Entwicklung für die Friedensforschung überraschend?

Vogt: In der Tendenz: Nein. Nur, die Anlässe und die Ausmaße waren nicht vorhersehbar. Die Friedensforschung hat in vielfältiger Weise Untersuchungen darüber vorgelegt, daß sich in der BRD seit Beginn der 80er Jahre ein Aggressions- und Konfliktpotential zusammenschürt. Das hat mit einer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun, die eine sehr ungleiche Verteilung zwischen „oben“ und „unten“ zugelassen hat. Das hat auch zu tun mit der Wegnahme von beruflichen Chancen, beispielsweise für eine große

wub: Wenn Sie in die Zukunft blicken und gleichzeitig unsere Realpolitiker, wie sie nun eben gewählt sind, im Auge behalten: Was für eine Prognose würden Sie wagen? Wird es noch schlimmer? Nimmt diese Gewalt gegen Fremde weiter zu, oder glauben Sie, daß man das in den Griff kriegen wird?

Vogt: Ich bin – kurzfristig betrachtet – eher skeptisch, weil ich bisher feststellen muß, daß nur an den Symptomen herumkuriert wird und daß eben nicht an eine Veränderung und Beseitigung der Ursachen für die Gewalt herangegangen wird. Von daher wäre es notwendig, eine grundlegende Umorientierung der Politik in unserem Lande herbeizuführen. Eine Politik, die wieder angemessene Berufs- und Lebenschancen für randsseitige Gruppen in unserer Gesellschaft herstellt; die es schafft, ausgegrenzte Jugendliche mit extremistischen Haltungen – die ja doch auch ein Zeichen von Angst und Hilflosigkeit sind – wieder in die Gesellschaft hinein-zubringen.



15.8.92, Wiesbaden: Demo gegen Krieg u. Völkermord in Bosnien. Foto: dpa

Friedensforschung das ungeliebte K

Die Finanzierung der Friedensforschung und ihr geplantes Ende

Von Christoph Weller *

„Der Krieg wurzelt offensichtlich weniger – wengleich auch – in den Gesinnungen der einzelnen, als vielmehr in den Ordnungen und Unordnungen der Gemeinschaften. Seine Ursachen sind trotz der jeweiligen Kriegsgewinnler nicht privater, sondern politischer Natur. Sie erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung.“

Die hier zitierte Forderung Gustav Heine-manns, am 30. Jahrestag des Kriegsbeginns 1969 erhoben, entsprang der Erinnerung des Krieges. Sie entsprang dem Willen, Konflikten zwischen Staaten und Kriegen nicht mehr nur hilflos gegenüberzustehen und der Gewalt ausgeliefert zu sein, sondern sie schon in ihrem Entstehen erkennen und möglicherweise verhindern zu können, indem Strukturen geschaffen werden, in denen Konflikte ohne Gewalt ausge-tragen werden können.

Doch die großen, friedlichen Umwälzungen 1989 ließen bei einigen die Illusion entstehen, jetzt sei der Frieden ausgebrochen, die Ost-West-Konfrontation überwunden und damit auch die Friedens- und Konfliktforschung nicht mehr so nötig. Weil das Geld knapp ist und Steuererhöhungen nur für Kriege durchsetzbar erscheinen (wie 1991), wurden die Mittel zur Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung von 1991 auf 1992 um 30 % gekürzt. Die Bundesregierung hielt die Friedens- und Konfliktforschung zwar nach wie vor für „unverzichtbar“, wies aber in bezug auf die Kürzungen darauf hin, man müsse „ins-besondere in Zeiten der Abrüstung auch mit solchen Kürzungen leben“. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundesforschungsministeriums sieht vor, daß die Forschungsförderung ab 1995 ganz gestrichen werden soll – ein Rück-fall in die 60er Jahre, hinter Heinemann.

Mehr Konflikte – aber weniger Friedensforschung?

Eigentlich wäre nach den Umwälzungen von 1989 und der deutschen Vereinigung eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Friedens- und Konfliktforschung angesagt gewesen. Nicht nur, weil „eine zunehmende Zahl regional sich

„Männlichkeitsmaschinen“

wub: Könnte es sein, daß der „Kultur der Friedfertigkeit“, von der Sie sprachen, schon die bloße Existenz der Bundeswehr im Wege steht? Dort wird ja gerade Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zu bestimmten politischen Zwecken gelehrt und gelernt. Außerdem gibt es die „inoffiziellen“ Lernziele: Z. B. „männliche“ Verhaltensweisen und Denkmuster.

Vogt: Ich denke, wir leben in einer stark männlich geprägten Gesellschaft, wo Kraft, Stärke, Durchsetzung und Dominanz gegenüber anderen zum herrschenden Überlebensprinzip zählen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Wir leben in einer Männergesellschaft, in der die zentralen Machtpositionen nach wie vor fest und fast ausschließlich in Männerhand sind. Für die Bewahrung und Verteidigung der Männergesellschaft spielen die Streitkräfte insofern eine bedeutsame Rolle, als sie sozusagen ein Symbol der Männlichkeit per se darstellen. Streitkräfte verkörpern in Reinkultur all das, was das alte Männlichkeitsideal ausmacht: Hierarchie, Kraft, Stärke und notfalls Konfliktlösung per Gewalt. Streitkräfte sind insofern auch eine Art „Fluchtburg“ für verunsicherte, „feministisch geschädigte“ Männer, die hier noch eine Heimstatt finden, in der ihre ansonsten bedrohten Normen und Werte noch weitgehend gelten. Streitkräfte sind in ihren bisherigen Formen und Funktionen „Männlichkeitsmaschinen“, die mit ihrem Destruktionspotential in vielerlei Hinsicht einer dringend gebotenen Zivilisierung der Gesellschaft entgegenstehen. Was wir gesellschaftlich brauchen, ist dagegen eine viel stärkere Einfügung weiblicher Orientierungsmuster in den Alltag, wie z. B. kooperatives Verhalten in Konfliktsituationen, ausgleichende Fähigkeiten zum fairen Kompromiß, eine Einstellung zur Erhaltung des Lebens, einen friedlicheren Umgang mit der Natur.

wub: Ich würde mir wünschen, daß solche Ansätze aus der Friedensforschung größere Verbreitung finden würden – aber es ist ja eher das Gegenteil zu befürchten: Man hat der Friedensforschung Geldmittel gestrichen – und will noch weiter streichen.

Vogt: Angesichts der Gewaltexzesse, die nach dem Kalten Krieg in Europa und anderswo stattfinden, angesichts der Gewaltdynamik, die wir in unserem eigenen Land erleben müssen, ist es in der Tat ein Skandal, daß die Fördermittel für

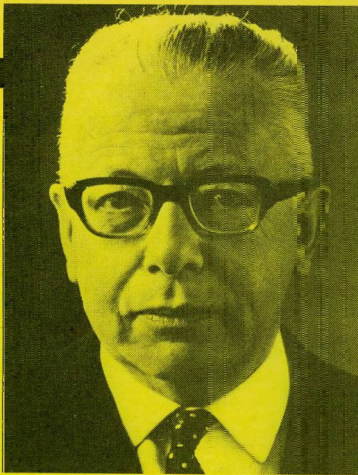
Friedensforschung, die ohnehin im Jahre 1991 nur mit 3,2 Mio DM angesetzt waren, für das Jahr 1992 um rund eine Million gekürzt worden sind. Es ist ferner von der Regierung geplant, daß die noch verbleibenden Mittel und sogar der Etatposten insgesamt für die Förderung der Friedensforschung bis zum Jahre 1995 gänzlich aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie gestrichen werden sollen. (s. dazu auch unseren Beitrag S. 16, d. Red.) Diese Kürzungs- bzw. Streichungsabsichten gefährden die Arbeitsfähigkeit und letztlich den Fortbestand der Friedens- und Konfliktforschung. Aber wir brauchen heute mehr und nicht weniger Friedensforschung. Ich fordere deshalb für die Friedensforschung mit Nachdruck die Bereitstellung eines Panzers. Damit meine ich natürlich nicht das Waffensystem, sondern die Finanzsumme von 5,6 Millionen, die ein Panzer in Normalausführung etwa kostet. Es muß doch dieser Gesellschaft eigentlich ein politisches Bedürfnis sein, die notwendigen Mittel für die Friedensforschung in dieser Höhe bereitzustellen. Ich denke, dies ist – auch angesichts der bisherigen, international anerkannten Leistungen der deutschen Friedens- und KonfliktforscherInnen – eine eher bescheidene Forderung. Für Kriegsforschung wird nach wie vor mehr als das Tausendfache ausgegeben!

wub: Herr Vogt, eine ganz andere Frage zum Schluß: Sie sind auch wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr und Sie fordern – hier nicht zum ersten Mal – trotzdem die Reduzierung, letztlich die „Abwicklung“ der Bundeswehr. Haben Sie keine Angst, daß Sie selbst „abgewickelt“ werden?

Vogt: Ich denke nein, denn dafür gibt es keinen Anlaß. Ich übe meinen Beruf als Friedens- und Konfliktforscher zwar in einem militärischen Apparat aus, allerdings in einer zivilen Fachgruppe, aber auch für die Bundeswehr gilt der Artikel 5, d. h. die Garantie der Freiheit von Lehre und Forschung sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Als ziviler Wissenschaftler und Beamter habe ich eine klare Aufgabe zu erfüllen: Zu untersuchen, wie man mit Hilfe der Friedens- und Konfliktforschung den Frieden sicherer machen kann. Und mein professioneller Ansatz ist eben der, daß ich sage: Der Frieden ist desto sicherer, je weniger Streitkräfte wir letztendlich haben.

wub: Herr Vogt, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

(Interview: Werner Schulz)



Gustav Heinemann, 1969: „Wir brauchen eine Friedensforschung.“ Foto: dpa

entwickelnder Konflikte befriedet und die Entstehung künftiger kriegerischer Auseinandersetzungen verhindert werden müssen, und die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung wie kein anderer Wissenschaftszweig geeignet ist, zu diesen Zwecken die Erfahrungen systematisch aufzuarbeiten und auf dieser Grundlage die aktuelle Politik einschlägig zu beraten“, wie die Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft feststellte. Auch die deutsche Vereinigung hätte eine Erhöhung der Mittel notwendig gemacht, weil es in den neuen Bundesländern Ansätze für eine wissenschaftlich qualifizierte Friedens- und Konfliktforschung gab, die Unterstützung verdient hätten. Außerdem besteht, gerade angesichts der erdrückenden Weltprobleme, zunehmender regionaler und ethnischer Konflikte auch in Europa, globaler Gefährdungen, die Konflikte nach sich ziehen, und der sich weiter verschärfenden Nord-Süd-Problematik sowohl ein ständig wachsender Bedarf als auch ein ständig wachsendes Interesse an friedenswissenschaftlichen Untersuchungen. An zahlreichen Hochschulen wurden in den letzten Jahren Arbeitskreise und Institute gegründet, was zeigt, daß es viele Menschen gibt, die sich wissenschaftlich fundiert

der angeschnittenen Probleme mit viel Energie und Engagement annehmen wollen. Die große, kollektive Hilfslosigkeit gegenüber dem Krieg und dem Morden im ehemaligen Jugoslawien, vom Außenminister über die EG bis hin zu KSZE und UNO zeigt, wie sehr die wissenschaftliche Analyse in diesem Bereich not tut.

Gerade die Friedens- und Konfliktforschung als interdisziplinäre Wissenschaft ist in der Lage, die verschiedenen Aspekte und Ursachen der Konflikte in den Blick zu bekommen und Lösungswege aufzuzeigen. Dies geht nicht in Schnell-schnell-Studien, die heute angefordert morgen schon auf dem Tisch liegen sollen, sondern nur auf der Grundlage eingehender, interdisziplinär angelegter Theorieentwicklung. Diese interdisziplinäre Grundlagenforschung wird durch die normale, fachbezogene Forschungsförderung nicht gestützt; doch nur wenn sie weiter betrieben werden kann, ist der erreichte wissenschaftliche Standard der Friedens- und Konfliktforschung zu halten.

Ein Tausendstel der Golfkriegsausgaben

Allerdings: Die Summe, die heute in Deutschland für die Friedens- und Konfliktforschung aufgewendet wird, ist mehr als bescheiden, sowohl im Vergleich zu anderen europäischen Ländern oder den USA als auch angesichts der Aufgaben und Herausforderungen, die oben beschrieben wurden, vollends im Vergleich zu den Milliardenbeträgen, die in Militär und Rüstungsforschung „investiert“ werden. Auf Gefährdungen des Friedens wird immer noch zuerst mit der Umstrukturierung des Militärs und der Ausweitung seines Einsatzgebietes reagiert, statt mit vermehrten Anstrengungen nach Verfahren friedlichen Konfliktmanagements zu suchen. Noch nicht einmal ein Tausendstel der Summe, die Deutschland den Alliierten im

Golf-Krieg überwiesen hat (über 17 Mrd. DM), steht jährlich der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland insgesamt zu Verfügung: etwa 13 Millionen DM. Und davon werden noch erhebliche Mittel von Stiftungen und den Kirchen (insbesondere für die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, FEST) aufgebracht. Nur 2,29 Mio. DM kommen 1992 vom Bund, ein Betrag, den der Verteidigungsminister innerhalb von knapp 6 Stunden für die militärische Forschung ausgibt, wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn errechnete. Einsichtiger zeigen sich da einzelne Bundesländer, so etwa Hessen, das die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HFSK) mit über 2 Mio. DM im Jahr unterstützt, oder Hamburg mit seinen Mitteln für das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind in der Liste der Geberländer mit mehr, aber eher weniger bedeutenden Beträgen aufgeführt. Ansonsten bleibt die Kasse dicht. Darum hat Anfang des Jahres die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) von der Bundesregierung gefordert, neben einer kontinuierlichen Normalförderung der Friedens- und Konfliktforschung, wie sie anderen Wissenschaften gewährt wird, zusätzliche Mittel für neue Forschungsbereiche, etwa die Konversionsforschung, bereitzustellen: „Eine Gesellschaft, die an ihrer Wissenschaft spart, gibt sich selbst auf! Deshalb appellieren wir an die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in Gesellschaft und Politik, die Kürzungen der Fördermittel für Friedens- und Konfliktforschung rückgängig zu machen, auf die geplante Streichung dieser Mittel zu verzichten und zusätzliche Mittel für Sonderforschungen in diesen Bereichen bereitzustellen.“ Wir brauchen die Friedensforschung und wir müssen sie auch fördern. ■

* Christoph Weller ist Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen.



Zeichnung: die Tageszeitung

Bundesrepublik ohne Armee oder Bundeswehr ohne Grenzen?

Die Friedensforschung ist in der Frage zukünftiger Einsätze der Bundeswehr gespalten.

Von Frank Schimmler

Alljährlich treffen sich die Vertreter der drei bedeutendsten deutschen Institute für Friedensforschung, um ihr „Friedensgutachten“ zusammenzustellen und Empfehlungen für die friedenspolitische Praxis zu geben. Im Juli dieses Jahres war im Gutachten unter anderem zu lesen: „Die Bundesrepublik muß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen schaffen, sich mit gleichen Rechten und Pflichten wie jeder andere Staat an kollektiver Sicherheit zu beteiligen...“. Und weiter: „Die Bundeswehr sollte sich darauf vorbereiten, an Stelle der bisherigen Streitkräftestruktur offensivunfähige territoriale Verbände zu entwickeln, ergänzt durch mobile Eingreifkräfte, die ausschließlich zur Landesverteidigung bzw. für Verteidigungsaufgaben im Rahmen bestehender Bündnisverpflichtungen bereitstehen sowie für multinationale Einsätze...“.

Moment: Reihen sich die FriedensforscherInnen hier bei denen ein, die nach der Vereinigung Deutschlands und dem Ende des Ost-West-Konflikts die Rückkehr zu außenpolitischer „Normalität“ einschließlich der Ausübung militärischer Macht proklamieren? Sprechen sich FriedensforscherInnen dafür aus, Konflikte gewaltsam zu lösen und dafür Bundeswehrsoldaten in alle Welt zu schicken? Hat die Friedensforschung die kritische Distanz zur herrschenden Politik verloren, die sie so gerne für sich reklamiert?

Jedenfalls haben diese Empfehlungen innerhalb und außerhalb der Friedensforschung einiges Aufsehen erregt und andere FriedensforscherInnen veranlaßt, sich in einer Zeitungsanzeige (Frankfurter Rundschau 8.7.92) scharf zu distanzieren:

„Wir fragen uns, was Friedensforscher dazu bewegt, in einer Zeit, in der Kriege und Gewalttaten zunehmen, militärische Aktionen zu rechtfertigen und militärischem Denken Vorschub zu leisten... Die Friedensforschung ist seit ihrem Beginn... dem Erkenntnisinteresse verpflichtet, internationale und innergesellschaftliche Konflikte gewaltfrei und damit wirklich friedensstiftenden Lösungen zuzuführen. Der Vorschlag, im äußersten Falle... Gewalt mit Gegengewalt begegnen zu wollen, führt diesen grundsätzlichen Anspruch der Friedensforschung ins Absurde und entzieht ihr die am normativen Wert Frieden orientierte Basis.“

Der richtige Weg zum Frieden

Was ist also los mit der Friedensforschung? Warum existieren unter dem Dach dieser Wissenschaft so konträre Auffassungen? Dafür gibt es zwei zentrale Gründe: Der eine liegt in den



Foto: Lohar Spinn-Conradt

„Wie jeder
bille Eingre
nationale

Wurzeln der Friedensforschung selbst, der andere in den fundamentalen weltpolitischen Veränderungen der Gegenwart. Wie jede Wissenschaft vereint auch die Friedensforschung Menschen unterschiedlicher Gesinnung. Doch kommen diese Werthaltungen hier ganz besonders zum Tragen, weil sich die Friedensforschung anders als andere Wissenschaften, nicht über einen besonderen Gegenstand oder besondere Methoden definiert, sondern über die gemeinsame Orientierung an einem maßgebenden und emotional stark besetzten Begriff: Frieden.

Seit ihren Anfängen diskutiert die Friedensforschung nicht nur über das, was „Frieden“ eigentlich bedeutet – nur Abwesenheit von Krieg oder auch Abwesenheit von Unterdrückung und Ungerechtigkeit? –, sondern auch über den richtigen Weg zum Frieden und die Mittel, die dazu eingesetzt werden dürfen. Diese Diskussion ist schon in den beiden ideellen Wurzeln der Friedensforschung angelegt, die man mit den Begriffen „Pazifismus“ und „Kollektive Sicherheit“ umschreiben kann. Der pazifistische Flügel innerhalb der Friedensforschung lehnt jegliche Anwendung oder Androhung von Gewalt grundsätzlich ab, sei es aus ethisch-religiöser Überzeugung heraus, sei es aus der in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Konflikten gewonnener Einsicht, daß Gewalt keinen Beitrag zu ihrer Eindämmung oder Lösung leistet. VertreterInnen dieses Flügels sehen es als ihre Aufgabe an, Strategien der ausschließlich gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu entwerfen.

Andere Teile der Friedensforschung haben Gewaltmittel nie grundsätzlich abgelehnt oder zumindest die Überzeugung vertreten, daß es in der Welt, so wie sie ist, nicht möglich sei, ganz auf ihren Einsatz zu verzichten. Sie sehen es daher als ihre vorrangige Aufgabe an, sicherheitspolitische Alternativen (z. B. andere Streitkräftestrukturen, Waffen oder Militärdoktrinen) zu formulieren, die möglichst friedensförderlich sind, und Wege zu einem System „Kollektiver Sicherheit“ aufzuzeigen. Die Idee der „Kollektiven Sicherheit“ steht in der Tradition der historischen Entwürfe für einen Weltstaat oder für Frieden durch Völkerrecht und internationale Organisation, denen auch der Völkerbund und die Vereinten Nationen entspringen sind. „Kollektive Sicherheit“ hat mit Pazifismus im engeren Sinne nichts zu tun, weil sie vorsieht, daß alle Staaten sich zu einer Organisation zusammenschließen und im Eventualfall gemeinsam, auch militärisch, gegen einen Aggressor aus ihrer Mitte vorgehen.

Zerreißproben

Der Gegensatz innerhalb der Friedensforschung über die zukünftige Verwendung der Bundeswehr ist also keineswegs neu, wohl aber unter den veränderten internationalen Bedingungen der Gegenwart neu aufgebrochen. Während des Ost-West-Konflikts, als sich zwei nuklear bis an die Zähne bewaffnete Militärblocke gegenüberstanden, waren sich beide Flügel der Friedensforschung einig, daß Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse, weil das Überleben der Menschheit insgesamt auf dem Spiel stand. Und eine rüstungspolitische Entscheidung wie den NATO-Doppelbeschluß konnte man gemeinsam kritisieren, weil sie sowohl dem Prinzip gewaltfreier Konfliktbearbeitung als auch dem Ziel einer krisenstabilen, defensiv orientierten Rüstungsstruktur widersprach.

Diese „klaren Verhältnisse“ gingen mit dem Ost-West-Konflikt zu Ende. Die jetzt vorherrschenden Konflikte drohen nicht mehr in allgemeine Vernichtung zu eskalieren. Und sie lassen es als zweifelhaft erscheinen, ob Gewaltfreiheit immer und überall das angemessene Mittel



6.4.92, Sarajevo: Vom Dach eines Hotels aus schiefen serbische Extremisten in eine Friedensdat das Friser.

ist. Die erste Zerreißprobe brachte der Golfkrieg. Dieser Krieg habe keine Konflikte im Vorderen Orient gelöst, maßloses Leid über die Menschen gebracht, Land und Meer verwüstet und ansonsten nur den westlichen Rohstoffinteressen gedient, sagen die einen. Andere halten dem entgegen, der Golfkrieg habe die Unabhängigkeit Kuwaits wiederhergestellt, einen der grausamsten Diktatoren auf dieser Welt in die Schranken gewiesen und ein Zeichen gesetzt, daß die Weltgemeinschaft nicht bereit ist, massive Verletzungen des Völkerrechts achselzuckend hinzunehmen. In diesen beiden Aussagen kommen die



„Die ideellen Wurzeln der Friedensforschung: ‘Pazifismus’ und ‘Kollektive Sicherheit’“

andere Staat: mobilkrfte für multi-Einsätze.“

gegensätzlichen Auffassungen von „Pazifismus“ und „Kollektiver Sicherheit“ zum Ausdruck.

Die zweite Zerreißprobe ist der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Kann man mit dem behren Anspruch der Gewaltfreiheit etwa den serbischen Eroberungsfeldzug stoppen und die brutalen ethnischen Säuberungen unterbinden? Soll man die eingeschlossenen Bosnier etwa ihrem Schicksal überlassen, weil die UN-Hilfstransporte beschossen werden? So fragen die einen. Andere zweifeln: Wäre ein militärischer Eingriff in den Bürgerkrieg nicht ein neues Vietnam oder Afghanistan? Wie ist dieser Konflikt überhaupt politisch lösbar, wenn es denn gelingen sollte, dem Krieg Einhalt zu gebieten?



Der Golfkrieg – erste Zerreißprobe für die Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Foto: Storz/Graffiti

Die neue Rolle Deutschlands

Das Pro und Kontra folgt in diesen Fragen schon lange nicht mehr den eingefahrenen Spuren der politischen Lager. Unter den Grünen und anderen Linken finden sich ebenso Befürworter „humanitärer“ militärischer Gewalt gegen Aggressoren und Diktatoren, wie es unter den Militärs Mahner zur Vorsicht gibt. In der Bundesrepublik kommt zu der allgemeinen Unsicherheit noch hinzu, daß nun die Frage ansteht, wie das vereinte Deutschland seine weltpolitische Rolle neu definieren soll. Soll das mi-

litrisch ungefährdete Deutschland nun ganz auf seine Streitkräfte verzichten, wie dies zum Ende des Ost-West-Konflikts eine von pazifistischen FriedensforscherInnen wesentlich mitgetragene Initiative „Bundesrepublik ohne Armee“ (BoA) fordert? Oder soll das vereinigte Deutschland, nachdem die Selbstverteidigung nicht mehr im Vordergrund steht, seine militärische Kapazität der Weltgemeinschaft, sprich: den Vereinten Nationen, zur Verfügung stellen, um Kriegsparteien zu trennen und Waffenstillstnde zu überwachen – wie es die Blauhelme vornehmlich tun – und um gegen Aggressoren vorzugehen? Diese Perspektive für die Bundeswehr wäre im Sinne der Vertreter der „Kollektiven Sicherheit“ und ist damit genauso in der Tradition der Friedensforschung verwurzelt wie die pazifistische Sichtweise.

der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung bewahren, Deutschland wieder zu einer „normalen“ Militärmacht zu machen, und sei es auch im Rahmen des westlichen Bündnisses. Denn was Außenminister Kinkel vorschgt, ist die Beteiligung der Bundeswehr nicht allein an Blauhelmi-Missionen, sondern auch an Kampfeinsätzen à la Golfkrieg und im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU). Der Golfkrieg war aber keine von den Vereinten Nationen entsprechend der UN-Charta geführte kollektive Strafexpedition der Weltgemeinschaft gegen den irakischen Aggressor, sondern ein – zwar von den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats unterstützter, aber – unabhängig von der UNO geplanter und durchgeführter Allianzkrieg von mit Kuwait verbündeten Staaten. Auch die WEU ist, nicht anders als die NATO, ein normales Militrbndnis, das nicht die Weltgemeinschaft, sondern die militärpolitischen Interessen Westeuropas repräsentiert. Daß Westeuropa dabei kollektiv vorgehen will, darf mit „Kollektiver Sicherheit“ nicht verwechselt werden.

Kritische Distanz

Weder die Vielfalt der Traditionsstränge in der Friedensforschung noch die Ambivalenz der uns gegenwärtig bedrückenden Konflikte rechtfertigen daher Versuche, sich wechselseitig aus der Friedensforschung auszugrenzen oder die andere Seite pauschal als „naiv“ oder „militrfixiert“ zu denunzieren. Bei Konflikten von der Art des Golfkriegs und des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien ist es mit Patentlsungen und moralischen Bekenntnissen nicht getan. Sinnvoller wäre eine unvoreingenommene und konstruktive Kontroverse der unterschiedlichen Ansätze innerhalb der Friedensforschung über die Strategie, die im jeweiligen Fall am besten geeignet ist, das berleben und die Freiheit derjenigen Menschen zu sichern, die von den Kriegen betroffen und bedroht sind.

Im Friedensgutachten 1992 heißt es dagegen: „Deutschland sollte sich auch künftig militärischen Aktionen verweigern, die lediglich auf einer Ernchtigung durch den UN-Sicherheitsrat beruhen.“ Ansonsten träte Deutschland, wie Reinhard Mutz, einer der Mitherausgeber des Friedensgutachtens, im SPIEGEL (31/1992) formuliert hat, „in den Dienst eines selbsternannten Interventionskartells. Dessen Funktionsprinzip ist nicht die rechtliche Zähmung internationaler Gewalt, sondern das Gegenteil – das Recht des Stärkeren, das militärische Faustrecht.“

Frank Schimmelfennig ist Wiss. Angestellter in der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung der Universität Tübingen.

Bei alledem muß sich die Friedensforschung eine kritische Distanz gegenüber den Sonderinteressen des Militärs und den Bestrebungen in

1) Das **Friedensgutachten** erscheint im LIT-Verlag (Münster, Hamburg). Für die Zitate vgl. Friedensgutachten 1992, S. 14. Hervorh. F. S.



Demonstration von mehreren zehntausend Menschen. Auf dem Foto erwidert ein bosnischer Soldat die Schüsse. Foto: dpa

Wer? Was? Wo?

In Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es eine Reihe von Einrichtungen, die sich schwerpunktmäßig mit den verschiedenen Themen- und Problemstellungen aus dem Bereich der Friedensforschung beschäftigen. Sie bieten der interessierten Öffentlichkeit schriftliches Informationsmaterial, zum Beispiel in Form von ausführlichen Forschungsberichten oder von gemeinsam erstellten Jahresgutachten (HSFK, IFSH, FEST) und Friedensberichten. Jährlich erscheint ein „Jahrbuch Frieden“ (C. H. Beck-Verlag), in dem über wichtige Ereignisse aus den Bereichen Rüstung/Abrüstung, Konflikt/Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit berichtet wird. Manche Einrichtungen bieten kleine Broschüren zu aktuellen Themen und EDV-gespeicherte Informationen über Rüstungsvorhaben, Bundeswehrbeschaffung und ähnliches an (Forschungsinstitut für Friedenspolitik).

Doch es gibt auch verschiedene Angebote bezüglich Ausbildung und Weiterbildung. So bieten die HSFK (siehe unten) und das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung Sommerakademien mit wechselnden Themenstellungen an, die allen Interessierten offen stehen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, eine für ein Studium verwertbare Bescheinigung zu erwerben (HSFK). Beim österreichischen Studienzentrum ist das „European University Center of Peace Studies“ angesiedelt. Ab 1993 wird dort ein zweisemestriger Hochschullehrgang angeboten, an dem 35 StudentInnen aus der ganzen Welt teilnehmen können.

Verschiedene Hochschulen bieten regelmäßig Einführungsseminare in die Friedens- und Konfliktforschung an (z. B. in Tübingen). Die Arbeitsgruppe Friedensstudien (c/o Thomas Dominikowski, Emdener Str. 18, 4400 Münster) bietet Informationen über die nicht systematisch erfaßten Seminarangebote an. Über die unten genannten Einrichtungen hinaus gibt es an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen kleinere Arbeits- und Projektgruppen (z. B. in Stuttgart, Heidelberg, Münster), die sich mit Friedensforschung beschäftigen.

Bedauerlicherweise konnte sich bislang trotz anfänglicher Aufbauleistungen und Unterstützung der AFB keine Friedensforschungseinrichtung in den neuen Ländern etablieren.

wub veröffentlicht hier einen Überblick über die verschiedenen Arbeitsstellen und Institute sowie ihre Veröffentlichungen.

Einrichtungen der Friedensforschung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Jahrbuch Frieden 1993

Konflikte Abrüstung
Friedensarbeit
Beck'sche Reihe



Das „Jahrbuch Frieden 1993“ – soeben erschienen – ist im Buchhandel erhältlich.

Adressen, Materialien, Bücher

Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)

Periodika: AFB-Infos (Mitteilungen aus der Friedensforschung, erscheint zweimal jährlich)
Anschrift: Beethovenallee 4, 5300 Bonn.

Arbeitsgruppe Friedensforschung an der Universität Tübingen (AGFF)

Periodika: Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung (erscheinen unregelmäßig)
Anschrift: AGFF, Melanchtonstr. 35, 7400 Tübingen.

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK)

Periodika: AFK-Rundbrief (für Mitglieder); Jahrbuch Frieden (erscheint jährlich im C. H. Beck-Verlag, hrsg. von H. Birckenbach/U. Jäger/C. Wellmann); Schriftenreihe (erscheint im Nomos-Verlag, Baden-Baden)
Anschrift: AFK, Rölsdorferstr. 7, 53 Bonn.

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)

Periodika: Arbeitspapiere (Forschungsberichte, erscheinen unregelmäßig)
Anschrift: Allende Platz 1, 2000 Hamburg 13.

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

Anschrift: BSK, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33.

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)

Periodika: Arbeitspapiere
Anschrift: Schmeilweg 5, 6900 Heidelberg.

Forschungsinstitut für Friedenspolitik e. V.

Periodika: Frieden (erscheint mit 12 Ausgaben pro Jahr).
Anschrift: Forschungsinstitut für Friedenspolitik e. V., Lohgasse 3, 8120 Weilheim.

Friedenskomitee 2000

Periodika: Frieden 2000 (erscheint unregelmäßig).
Anschrift: Weilheimer Str. 13a, 8130 Starnberg.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Periodika: Friedensforschung aktuell. Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (erscheint vier Mal im Jahr); Friedensgutachten (erscheint jährlich im LIT-Verlag, Münster). HFSK-Report (Forschungsberichte, erscheinen unregelmäßig)
Anschrift: HSFK, Leimenrode 29, 6000 Frankfurt 1.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH

Periodika: Hamburger Informationen zu Friedensforschung und Sicherheitspolitik; ISFH-Forschungsberichte; Pädagogische Informationen des ISFH (erscheinen alle unregelmäßig); Sicherheit und Frieden SuF (Zeitschrift, erscheint vier Mal im Jahr im Nomos-Verlag Baden-Baden); Friedensgutachten (erscheint jährlich im LIT-Verlag, Münster).
Anschrift: IFSH, 2000 Hamburg 55, Falkenstein 1.

Institut Entwicklung und Frieden (INEF)

Periodika: Globale Trends (erscheint zweijährlich)
Anschrift: Geibelstr. 41, 4100 Duisburg 1.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung

Periodika: Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit (Mitteilungen, erscheint sechs Mal im Jahr); Friedensbericht (erscheint jährlich).
Anschrift: ÖFF, A-7461 Stadtschlaining.

Projektverbund Friedenswissenschaften Kiel (PFK)

Periodika: PFK-Texte (Forschungsberichte; erscheinen unregelmäßig); Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft (erscheinen unregelmäßig im LIT-Verlag, Münster).
Anschrift: PFK, Preußerstr. 1-9, 2300 Kiel 1.

Schweizerische Friedensstiftung

Periodika: Arbeitspapiere der schweizerischen Friedensstiftung (Forschungsberichte, erscheint unregelmäßig; Friedensbericht (jährlich).
Anschrift: Engehaldenstr. 4P, CH-3001 Bern.

Zusammenstellung: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e. V., Bachgasse 22, 7400 Tübingen, Tel. 07071/21312

Glück – Wachstum – Müll

Auf dem Weg zur inhaltsfreien Verpackung

Von Axel Mayer

Freiheit meint immer auch: die Freiheit der Verpackung. Die Verpackungsfreiheit zählt zu den wichtigsten Werten unserer Wachstumsgesellschaft. Wie aus unserer freiheitlichen Verpackung wurde, was sie heute ist, sei kurz erklärt am Beispiel der

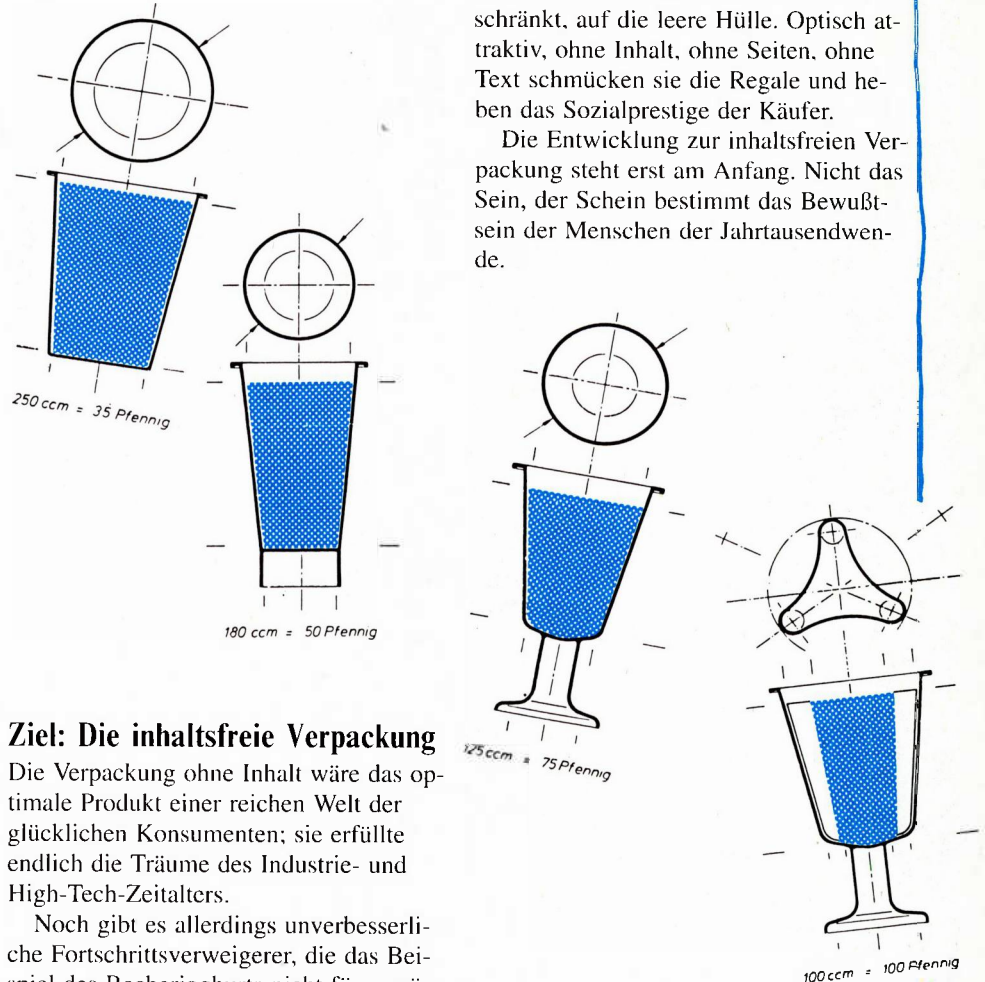
Evolutionstheorie des Becherjoghurts.

Da gab es noch vor wenigen Jahren für 35 Pfennig einen unscheinbaren Becher mit 250 cm³ Inhalt. Doch da die Industrie nur das Beste der Kunden im Auge hat, wurde beinahe unmerklich der Boden des Bechers ein wenig nach oben geschoben, der Inhalt verringert und der Preis angehoben. Das unmerkliche Liften des Becherbodens ging weiter, denn: Marktanalysen hatten ergeben, daß Joghurt insbesondere von Frauen gekauft wird. Um endlich auch die finanzkräftige Zielgruppe der Männer anzusprechen, wurde die bisherige Form des Becherjoghurts revolutioniert.

Dem Becher wurde eine Taille, eine Einschnürung im unteren Drittel, gegeben. Die Zielgruppe der Männer wurde durch die entsprechende Werbung und die neue Becherform tatsächlich angesprochen, und auch die angestrebte Inhaltsverringering und Preiserhöhung konnte durchgesetzt werden. Analysen ergaben, daß der Joghurtgenuß nun auch mit einem gesteigerten Glücksgefühl der Konsumenten verbunden war. Der Inhalt war jetzt bei 155 cm³ angekommen, der Preis bei 60 Pfennig. Und die Dynamik des Fortschritts war nicht aufzuhalten. Durch weitere Aufwertungen der Becherform und insbesondere durch die Einführung eines Stiels am unteren Ende der Verpackung konnte der Joghurtanteil auf 100 cm³ verringert, der Preis auf eine Mark gesteigert und das Wohlbefinden

und Glücksgefühl der Käufer erhöht werden.

Und Entwicklung, Forschung, Fortschritt und Technik gehen noch weiter, denn: Stillstand ist Rückschritt. Derzeit sind unsere besten Techniker, Ingenieure und Werbefachleute dabei, die endgültige, die optimale Verpackung zu entwickeln – die inhaltsfreie Verpackung.



Ziel: Die inhaltsfreie Verpackung

Die Verpackung ohne Inhalt wäre das optimale Produkt einer reichen Welt der glücklichen Konsumenten; sie erfüllte endlich die Träume des Industrie- und High-Tech-Zeitalters.

Noch gibt es allerdings unverbesserliche Fortschrittsverweigerer, die das Beispiel des Becherjoghurts nicht für repräsentativ halten, die glauben, den Menschen wäre am Inhalt des Produkts und nicht an der Verpackung gelegen. Für diese Unverbesserlichen haben wir noch viele weitere Beispiele: Neben den inhaltsfreien Politikerreden ist da z. B. die Getränkedose. Sie ist neben dem Becherjoghurt ein weiteres Symbol der kommenden schönen neuen Welt. Mit dieser Dose haben wir es geschafft, daß Produkte gekauft werden, deren Verpackung bis zu zehnmal teurer als der Inhalt ist. Wasser, Zucker, ein wenig Farbstoff und Geschmacksstoffe, und all diese billigen Inhaltsstoffe verpackt in den teuren, makellosen, silberglänzenden Aludosen. Millionenfache Verkaufserfolge zeigen es: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Vom Schein zum Bewußtsein

Noch am Anfang seiner Entwicklung steht ein Produkt, das bereits jetzt in vielen Möbelhandlungen zu bewundern ist: Das inhaltsfreie Buch, die leere, optisch sehr aufwendige Buchhülle. Buchhüllen, die von außen aussehen wie Bücher, doch angesichts der Tatsache, daß heute nicht mehr gelesen wird, sind sie auf das Wesentliche eines Buches beschränkt, auf die leere Hülle. Optisch attraktiv, ohne Inhalt, ohne Seiten, ohne Text schmücken sie die Regale und heben das Sozialprestige der Käufer.

Die Entwicklung zur inhaltsfreien Verpackung steht erst am Anfang. Nicht das Sein, der Schein bestimmt das Bewußtsein der Menschen der Jahrtausendwende.

Und was steht am Ende dieses Weges der Menschheitsbeglückung durch Konsum? Es ist Müll. Müll in jeglicher Form. Joghurtbechermüll, Dosenmüll, Informationsmüll, Weltraummüll, Müll auf Halden, Müll in Verbrennungsanlagen, Müll im dualen System, Müll in Depo-nien, Atom-müll, Müll im Boden, im Wasser und in der Luft. Die Müllberge, jene wahrhaften Zeichen von Wachstum und Wohlstand, sie wachsen. Nur wirklich reiche Gesellschaften produzieren wirklich viel Müll. Rohstoffe werden zu Müll. Energie wird zu Müll. Landschaften werden vermüllt. Wir alle leben in einer faszinierenden Müllgesellschaft. Müll ist Kultur, und wir werden reich, glücklich und zufrieden. ■

Krieg im Nationalpark

Über 3000 Naturschutzgebiete und fünf Nationalparks gibt es allein in den alten Bundesländern. 4 Prozent der gesamtdeutschen Fläche sind für die Natur reserviert – so jedenfalls steht es auf dem Papier. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Ausflügler, Urlauber, wilde Müllkippen... und dann auch noch die Bundeswehr.

Von Petra Schwartz-Klapp und Thorsten Klapp

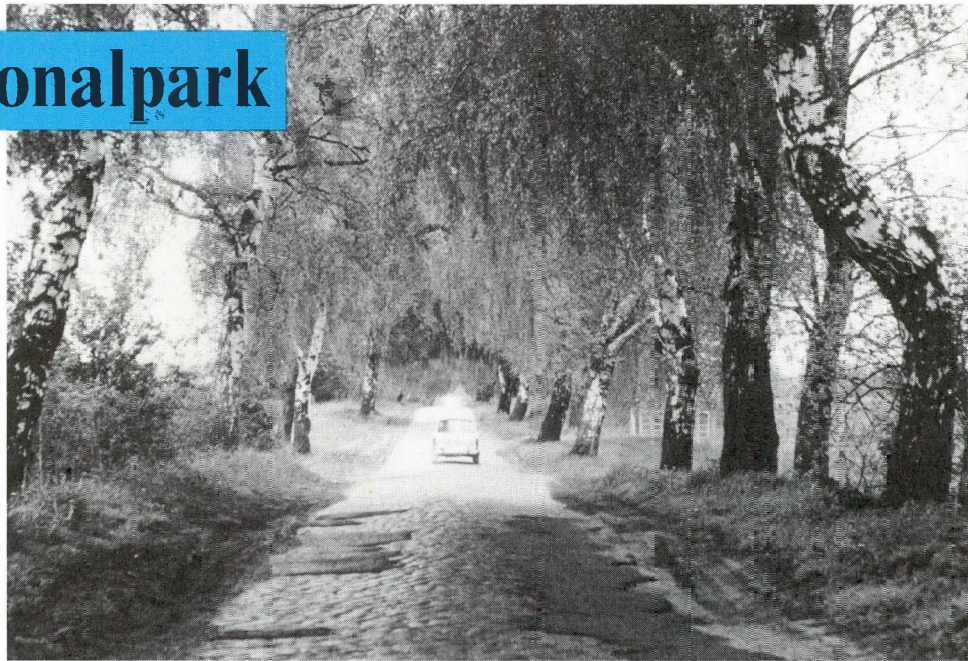
Erdbeben in den Bergen, Hochwasser in den Tälern, ganze Waldpartien, die durch Borkenkäferplagen vernichtet werden... – die Natur wehrt sich und sprengt das Korsett, in das wir sie zwängen. Offensichtlich läßt sich die Erde nicht untertan machen, solange wir uns nicht an die Spielregeln halten. Un die heißen „Ökologie“, „Verantwortungsbewußtsein“ und „Weit-sicht“.

Weltweit kämpfen besorgte Naturschützer um jeden Quadratmeter Natur, um wenigstens ein paar der vielen Löcher in der Bordwand des sinkenden Bootes „Erde“ zu stopfen. „Es ist unverständlich, daß die Position des Naturschutzes so schwach vertreten ist“, bemängelt Prof. Dr. Harald Plachter, Deutschlands erster Naturschutz-Professor an der Universität Marburg. „Politiker reagieren in anderen Bereichen ja auch schnell und flexibel. Wenn es um neue Straßen geht, bedarf es nur eines Federstrichs, um störende Gesetze außer Kraft zu setzen.“

Über 3000 Naturschutzgebiete und fünf Nationalparks haben die alten Bundesländer vorzuweisen. Zusammenaddiert umfassen sie jämmerliche 3,5 Prozent der Gesamtfläche. Etwas besser sieht es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aus. Vor der Wiedervereinigung hat es in letzter Sekunde noch geklappt: 4,5 Prozent des Landes erhielten endgültigen Schutz. Der Bundesumweltminister, Klaus Töpfer, bezeichnet das vom Ministerrat der ehemaligen DDR im September 1990 verabschiedete Nationalpark-Programm als großartige Leistung, die für den Naturschutz nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Nun gehören im vereinten Deutschland ganze 4 Prozent ausschließlich der Natur – zumindest steht es so auf dem Papier. Was aber gerne verschwiegen wird: Ein reges menschliches Treiben herrscht in diesen Naturparzellen. Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Hubert Weinzierl, trifft den Nagel auf den Kopf: „Die Nationalparks sind im Notstand!“

Schüsse im Brutgebiet

Beispiel Wattenmeer: Trotz allgemeinen Friedensbemühungen – hier herrscht „Krieg“. Geschosse der Bundeswehr sind auf empfindliche Brutgebiete gerichtet. Weit hallen die Schüsse über die See. Tiefflieger jagen über den Schutz-zonen... „Es ist geradezu peinlich – wenn man sich im Ausland aufhält – zugeben zu müssen,



Im Müritz-Nationalpark: Die alten Alleen haben eine wichtige ökologische Funktion – aber ihre Zukunft ist ungewiß.

Fotos: A. u. T. Klapp

daß in einem deutschen Nationalpark Schießübungen erlaubt sind“, kritisierte Hans Bibelriether, der Generalsekretär der Föderation der Natur- und Nationalparks Europas anlässlich des 10. Internationalen Wattenmeertages in Bremen. Direkt neben der empfindlichen Schutzzone I: Mächtige Eisenbauten ragen aus dem unschuldigen Wasser. Öl wird im Nationalpark gefördert. Ein Unfall würde dem Watt die letzte „Ölung“ bescheren. Nicht die Natur, sondern die Ausnahmegenehmigungen und Sonderregelungen stehen hier unter Schutz!

Um die fünf neuen Nationalparks im Osten Deutschlands steht es nicht viel besser. Die Natur ist noch weitgehend in Ordnung. Aber wie Geier kreisen Spekulanten schon über den Parks, warten bis das Opfer eine Schwäche zeigt. An vielen Stellen beginnt schon das Zerfleischen...

Wie kleinste Inseln befinden sich die geschützten Naturgebiete in der Kulturlandschaft, deren Gesicht geprägt ist von einer intensiven Land- und Forstwirtschaft. Dazwischen Asphaltbahnen – immer breiter und dichter das Netz. Luftverschmutzung, Müllprobleme, Altlasten, sterbende Wälder...

Langsam wandeln sich die kleinen „Inseln“ zu Oasen, in einer lebensfeindlichen „Wüste“. Aber es fragt sich: Reichen die wenigen Parzellen Natur langfristig aus, den Menschen, Tieren und Pflanzen eine vernünftige Lebensgrundlage zu garantieren? Dieser Frage gingen schon Wissenschaftler in den 70er Jahren nach. Ihr Ergebnis: Wir brauchen Schutz der Natur – und somit auch Schutz des Menschen – auf der gesamten Fläche, nicht nur in Deutschland sondern international. Die Interessen von Mensch und Umwelt müssen im Einklang gebracht werden. Das sogenannte „Konzept der Differenzierten Landnutzung“ wurde geschaffen.

Die Zeit ist reif für Taten

Jüngst kramte man dieses Konzept wieder aus den Schubladen. Die Zeit dafür ist reif. Die Regierungen offenbar noch nicht. Sie zeigten sich bisher unfähig, ein derart wichtiges Konzept zu verwirklichen.

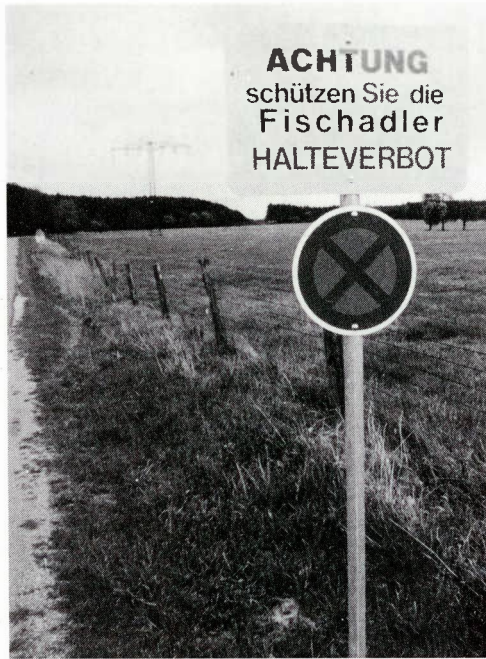


Das Waldsterben bedroht auch die Naturschutzgebiete.

Professor Plachter stellt sich das neue Landnutzungssystem so vor: Die Landschaft wird in vier Zonen untergliedert. Auf der Hauptfläche darf intensiv gewirtschaftet werden, natürlich unter naturverträglichen Vorzeichen. Daneben, auf einer etwas kleineren Zone, findet sich eine halbintensive Kulturlandschaft. Rund 10 % der Fläche werden traditionell genutzt, so wie zu Großmutterns Zeiten. Und zu guter letzt wären



Im Müritz-Nationalpark nisten Fischadler auf Strommasten. Damit sie beim Brüten nicht gestört werden... hat man ein Halteverbot für Autos erlassen.



Wird immer seltener: Der Klapperstorch.

da die sogenannten Totalreservate anzuführen, rund 2–3 % der Gesamtfläche. In diese Kategorie fielen theoretisch unsere Nationalparks und Schutzgebiete, wenn sie nicht so „verbraucht“ wären. Sie sind Opfer unserer konsumfreudigen Gesellschaft. Der Naturschutz kann sie daher lediglich in die Kategorie der traditionell genutzten Flächen einordnen. Die Totalreservate haben eine wichtige Bedeutung. Sie sind der konservierende Teil des komplexen Systems und stellen einen wichtigen Genpool der Tier- und Pflanzenarten dar, wo sich Natur noch nach eigenen Gesetzen entwickeln darf. Doch es müssen große Flächen sein, damit die Natur eine lebensnotwendige Eigendynamik erhalten kann. Wie wichtig die funktionstüchtige Natur sein kann, wissen die Venezuelaner zu schätzen. Der Guatopo-Nationalpark, ein großes Waldgebiet, sichert die Trinkwasserversorgung ihrer Hauptstadt Caracas. Ähnliches im Herzen Deutschlands: Aus Frankfurts Wasserleitungen fließt Wasser aus dem Vogelsberg. Mit seinem Wald ist er ein großer, natürlicher Wasserspeicher.

Einmalige Chance: Jetzt in Ostdeutschland Flächen schützen

Professor Plachter drängt darauf, daß gerade jetzt, in dieser Zeit des Umschwungs im Osten, noch weitere Gebiete unter strengen Schutz gestellt werden. Es sei eine einmalige Chance, die genutzt werden müsse. Denn die Ex-DDR könne – trotz verheerenden Raubbaus – aufgrund der relativ niedrigen Bevölkerungsdichte und der damals fehlenden Eigentumsrechte solche Gebiete vorweisen. Man müsse die Situation begreifen und jetzt handeln, bevor alles privatisiert ist. Aber die Entwicklung zeigt, wie schwierig es ist, Gebiete sinnvoll zu schützen. Sicher gestellte Flächen sind oft nur Papiertiger. Der Straßenbau funktioniert, der Tourismus auch...

Der Club of Rome, ein Zusammenschluß global denkender WissenschaftlerInnen, erklärte in seinem jüngsten Bericht zur Lage der Menschheit: „Wir leben im Anfangsstadium einer globalen Revolution, auf einem kleinen Planeten, den zu zerstören wir offenbar wild entschlossen sind.“

Soweit darf es nicht kommen. Ideen und Konzepte liegen vor, die Lebensgrundlage aller Lebewesen zu sichern. Der Wille jedoch fehlt. Warum nutzen wir nicht die natürlichen Regulationsmöglichkeiten? Hecken und Knicks in unserer monotonen Agrarsteppe können Wunder wirken: Die gefiederten Heckenbewohner ersetzen einen großen Anteil des immensen Insektengifteinsatzes. Ein Gratis-Service der Natur. Auch für die Reinhaltung unseres Grundwassers gibt es eine einfache Zauberformel: Wiesen, oder besser Naturschutzgebiete – und nicht Äcker! – in Grundwasserschutzgebiete legen. Auch das Borkenkäferproblem ist hausgemacht! Ein naturnaher Laubmischwald löst solch eine „Lappalie“ von alleine, unsere Rendite – Fichtenwälder aber drohen daran zugrunde zu gehen. Eine intakte Natur, mit hoher Arten- und Strukturvielfalt, ist ein wichtiger Anzeiger und Frühwarnsystem für Bedrohungen, die auch menschliches Leben gefährden können. Die Warnsignale heißen „Artenschwund“, „Aussterben“ oder „Massenvermehrung“.

Frontstellung gegen die Natur

Das Konzept der „Differenzierten Landnutzung“ ist nur der Rahmen einer möglichen Zukunftslösung. Dieser muß mit Leben gefüllt werden: Die Grundeinstellung und das menschliche Handeln muß sich genauso an die Spielregeln der Natur halten. „Man muß sich fragen, ob die heutigen Landnutzungsformen zeitgemäß sind“, so Plachter. „Früher mußte man gegen die Natur ankämpfen, um zu überleben. Man mußte Talauen trockenlegen, um Weideland zu erhalten, man mußte Wälder roden. Das ist heute nicht mehr der Fall. Aber die alte Grundhaltung haben wir behalten: Ausnutzen der Natur. Frontstellung gegen sie. Dies sind die Wurzeln der heutigen Technologie.“ Während Naturschutzforschung zu wenig gewichtet werde, berichtet Plachter weiter, werden neuartige Energiegewinnungstechnologien gut gefördert. Sie seien aber nur die Fortsetzung der bisherigen Technologien.

Solange die Bereitschaft fehlt, mit der Natur „zusammenzuarbeiten“, solange wir versuchen, eigene Spielregeln gegen jene der Natur durchzusetzen, ist ein langfristiges Überleben der Gattung „Mensch“ fraglich. Die Zeit ist reif für Taten, denn: Vielerorts ist der letzte Fluß schon vergiftet und der letzte Fisch schon gefangen... ■

Unterwegs im Nationalpark

Informationen über die Nationalparks, über Besonderheiten der Gebiete, Führungen, Ausstellungen, spezielle Verhaltensregeln usw. gibt es bei den Nationalparkämtern oder Naturschutzvereinen vor Ort.

Eine kleine Auswahl von Adressen haben wir hier zusammengestellt:

- Nationalparkamt Schleswigholsteinsches Wattenmeer: Am Hafen 40a, 2253 Tönning
- Nationalparkamt Niedersächsisches Wattenmeer: Virchowstr. 1, 2940 Wilhelmshaven
- Schutzstation Wattenmeer e. V. Grafenstr. 23, 2370 Rendsburg
- Nationalpark Müritz Neuer Markt, O-2060 Waren
- Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald, Freyunger Str. 2, 8352 Grafenau

Die Waffen weg – Gewaltfrei streiten lernen

Guido Grünewald (Hg.): „Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1992)“, Donat-Verlag, Bremen 1992, 219 S., Preis s. S. 29. **Besprochen von Günter Knebel**

„Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe zivilisierter Nationen. Seine Beseitigung ist vom Standpunkte der Religion, der Sittlichkeit und Volkswohlfahrt gleichmäßig geboten. Der Krieg ist nicht einmal ein notwendiges Übel, da internationale Streitigkeiten erfahrungsgemäß auf friedlichem Wege gerechter und dauernder beigelegt werden können.“

Mit diesen drei einprägsamen Sätzen beginnt das 1898 beschlossene erste Programm der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), die im November dieses Jahres an ihren 100. Gründungstag erinnert. Die drei Aussagen, für Kriegsdienstverweigerer eigentlich Gemeinplätze, sind bis heute (leider) immer noch kein gesellschaftlicher Konsens. Nicht national und international schon gar nicht. Wer so denkt und persönliche Handlungskonsequenzen in Richtung einer Selbstverpflichtung zu gewaltfreiem Handeln daraus zieht, gehört auch heute, nach dem 2. Golfkrieg, immer noch zu einer geistig exotischen Minderheit, ähnlich wie die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft am Ende des 19. Jahrhunderts, knapp zwei Jahrzehnte vor dem 1. Weltkrieg. Diese Tradition der Ohnmacht, erst einmal bewußt gemacht, verbindet nicht nur, sondern sie vermittelt trotzdem etwas Ermutigung: Matrosenanzüge für Kinder, Zinnsoldaten und Pickelhauben als besondere Ausdrucksformen preußisch-deutschen Militarismus findet mensch heute nur noch im Museum: nach zwei Welt- und zahllosen 'Klein'-Kriegen scheinen immer mehr Menschen auf dem als schwindsüchtig erkannten Planeten Erde für Kriege kein Verständnis mehr zu haben.

„Der organisierte Wahnsinn“

Wenn wir dennoch von der Abschaffung der Kriege in heutiger Zeit – nahezu – genauso weit entfernt sind, wie alle Friedensbewegten wäh-

Guido Grünewald (Hrsg.)
NIEDER DIE WAFFEN!



HUNDERT JAHRE DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT (1892-1992)

GESCHICHTE & FRIEDEN
IM DONAT VERLAG

rend der facettenreichen DFG-Geschichte, so kann das sicher nicht nur am Versagen der – in Deutschland staatlich nie geförderten, sondern günstigenfalls lediglich geschmähten – Friedensbewegung liegen. Gerade eine qualifizierte Rückschau, zu der die vorgelegte Neuerscheinung vielfältig Anregungen gibt, drängt die Frage nach dem ungebrochenen Einfluß staatlich organisierter militärischer Gewalt auf, für deren Weiterentwicklung, Modernisierung, Perfektionierung und gesellschaftliche Akzeptanz



Handzettel der Internationalen der Kriegsdienstgegner, IdK. Abb. aus o. g. Band.

bis heute ungeheure geistige, finanzielle, materielle und personelle Aufwendungen gemacht werden. Folglich haben sich bisher weder 'Religion', noch 'Sittlichkeit' verbindlich darauf festgelegt, die – verbal oft gegeißelte! – Institution des Krieges wirklich abzuschaffen. Die überkommenen Vorstellungen („Waffen geben Sicherheit“) und (Waffengeschäfts-)Interessen sind so komplex und manifest, daß sich z. B. bis heute die 'Volkswohlfahrt' daran gewöhnt hat, mit den bescheidenen Mitteln zurechtzukommen, die ihr nach Abzug des für 'Verteidigungszwecke' vorgeblich Nötigen verbleiben. Mit grimmigem Staunen nimmt ein friedensbewegter Mensch Jahr um Jahr wahr, wie sogar für höchst umstrittene militärische Projekte und Operationen Geldsummen bereitgestellt werden, mit denen die Not ganzer Regionen des Globus in kürzester Zeit bekämpft, wenn nicht behoben werden könnte: Der „organisierte Wahnsinn“ (Willy Brandt) hat noch Methode, seine geistige Basis herrscht noch überall in einer waffenstarrten Welt.

Daß die religiöse und sittliche Rechtfertigung des Krieges schwinden und ihm dadurch die materielle und personelle Basis entzogen werde, ist eine Hoffnung, die auch die Friedensbewegten im deutschen Kaiserreich wie in der Weimarer Republik umgetrieben hat. In der Frage der Militärdienstverweigerung, des persönlichen Gewaltverzichts (seit 1921 wurde die wri-Vereinigungen Erklärung zunehmend diskutiert und später verbindlich: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung seiner Ursachen zu kämpfen.“), war die Diskussion gelegentlich so kontrovers, daß das gemeinsame Handeln der Pazifisten darunter litt. Die DFG-Forderung nach einer „moralischen Abrüstung“, einer „Abrüstung der Köpfe“ im Sinne einer bewußten Abkehr von staatlicher Gewaltpolitik, war zwar unter den Pazifisten konsensfähig, aber dem deutschnationalen, aggressiven Klima der ausklingenden Weimarer Republik gegenläufig. „Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime“ lautet die Überschrift des traurigen Kapitels, das an die Leidensgeschichte der von den Nazis ganz besonders gehaßten Pazifisten erinnert.

Unveröffentlichte Dokumente

Das jüngst von Guido Grünewald herausgegebene Buch besticht durch einen fundierten Längsschnitt durch die 100jährige DFG-Geschichte. Es enthält die z. T. erstmalige Präsentation einer Fülle von inhaltsträchtigen Dokumenten, deren Argumentations- und Diskussionsniveau noch die heutige Diskussion um 'Friedensförderung statt Friedenssicherung' bereichern kann. Das mit zahlreichen Bildern ausgestattete Buch ist mehr als eine Pflichtlektüre für alle, die sich dem 'Frieden schaffen ohne Waffen' verbunden fühlen.

Ob es angesichts anhaltender, weil lukrativer, moderner Gewaltproduktion gelingen wird, die nächsten hundert Jahre ziviler zu gestalten als die zurückliegenden, wird vielleicht auch etwas abhängen von der Reflexion über Irrtümer und Richtiges, Mißerfolge und Erfolge der deutschen PazifistInnen, Friedensorganisationen und -gruppen der Vergangenheit. Das hier vorgestellte Buch ist für eine solche Reflexion unentbehrlich.

Erhältlich im Buchhandel oder bei:
Donat Verlag, Brandenweg 6, 2800 Bremen 33

KDV-International

Polen

Solange die katholische Kirche in Polen einen Militärbischof hat, solange kann ein katholischer Wehrpflichtiger in diesem Lande keine religiösen Gewissensgründe gegen den Armeedienst haben. Mit dieser denkwürdigen Konstruktion begründete das oberste polnische Gericht seine Entscheidung gegen die Berufungsklage eines 21-jährigen Wehrpflichtigen, der im April d. J. zu einhalb Jahren Haft verurteilt worden war. Der Wehrpflichtige hatte als Motiv für seine KDV „religiöse und moralische Gründe“ angegeben und wurde abgelehnt, mit o. g. Entscheidung endgültig.

Rußland

Sechs „Zivis“ (Nach § 14 b ZDG) aus Deutschland arbeiten inzwischen in Moskau (über den ersten Zivi berichtete wub ausführlich in Nr. 1/92) Drei Zivis betreuen im Stadtgebiet alte Menschen, drei arbeiten im Krankenhaus Nr. 15. Organisatorisch begleitet wird dieses Projekt von der KDV-Seelsorge der evang. Kirche in Westfalen, der Aktion Sühnezeichen/Friedendienste und der russ. orth. Kirche. Geplant ist nach wie vor ein deutsch-russischer Zivi-Austausch, aber noch immer gibt es in den GUS-Staaten keine gesetzlichen Grundlagen für KDV und Zivildienst.

Chile

Zu seinem 17monatigen Friedensdienst in Chile ist Ende September der KDVer Wolfram Spreer (19), aus Weil der Stadt aufgebrochen. In einem der Armenviertel in der Hauptstadt Santiago, den sog. Poblaciones, wird Wolfram in einem Heim für Straßenkinder arbeiten. Das Heim wird betreut von der chilenischen Selbsthilfeorganisation „SERPAJ“, der deutsche Partner für die Entscheidung des Zivis ist das Evangelische Jugendwerk in Zuffenhausen.

Deutschland

Nie zuvor hat es in Deutschland mehr Zivis gegeben als heute: 118000 waren es nach Angaben des Bundesbeauftragten für Zivildienst, Dieter Hackler, im September. (Ca. 100000 in den alten, 18000 in den neuen Ländern). Auch im kommenden Jahr werden es nach Einschätzung Hacklers im Durchschnitt nicht unter 100000 sein.



Foto: H. Epperich

Atomtests

Kurz vor dem Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6.8.1945) stimmten die Abgeordneten des US-Senats anfang August einem Gesetzentwurf zu, der die Beendigung der US-Atomwaffentests vorsieht – allerdings nicht sofort und auch nicht definitiv. Als ob es sich bei den Tests um harmlose Sandkastenspiele handele, sieht das Ausstiegsprogramm einen Zeitplan bis 1996 vor. Bis dahin sollen den USA weiterhin pro Jahr 5 Tests erlaubt sein, während in gleichzeitiger Verhandlung mit den anderen Atomtümchen ein Teststopp-Vertrag ausgehandelt werden soll. Wenn ein solcher Vertrag zustandekommt, soll ab 30.09.96 Schluß mit den Tests sein.

Nur wenige Wochen nach der Abstimmung über Atomtests im US-Senat wurden am 18. und 23. September 2 Atomsprengsätze auf dem Testgelände im Bundesstaat Nevada gezündet. Ein weiterer Test in China, am 25. September, erhöhte die Gesamtzahl der Atomtests seit 1945 weltweit auf 1860. Frankreich hatte für das Jahr 1992

bereits im Frühjahr ein Testmoratorium verkündet und Präsident Boris Jelzin verlängerte das russische Moratorium im Oktober für ein weiteres Jahr.

Während des 2. Weltkongresses der Strahlenopfer im September in Berlin wurde die schier unvorstellbare Zahl von 30 Millionen Atomspaltungsoffern weltweit genannt. Viele Betroffene würden bis heute nicht auf die Gefahren des Uranabbaus, der Atomtests und der Plutoniumtransporte hingewiesen, hieß es in Berlin. So würden beispielsweise auf dem Testgelände LopNor in der chinesischen Provinz Yinjiang noch heute überirdische Atombombenversuche durchgeführt, das dort lebende Volk der Uigusen sei völlig uninformiert über die Risiken. In vielen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, gibt es Gruppen der „Aktion Atomteststopp“ (Atomteststopp, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1)

Auf unserem Foto demonstrieren Mitglieder der Friedensinitiative Überlingen vor dem Tor der europäischen Kommandozone der US-Army (EUCOM) in Stuttgart.



Foto: W. Schulz

Ältere wub-Ausgaben

Gegen Erstattung der Portokosten (Einzelheft 0,80 DM, bis 4 Hefte DM 1,20) verschicken wir folgende älteren wub-Ausgaben:

- 2/87 Unterwegs zur Friedenskirche?
 - 3/87 Friedenserziehung
 - 1/88 Menschenrecht Asyl
 - 2/88 Gewalt im Film
 - 3/88 Frauen zum Bund
 - 4/88 Neue Armut
 - 4/89 KDV in Europa
 - 1/90 Zivilschutz
 - 2/90 Gentechnik
 - 3/90 Die neuen Rechten
 - 4/90 Rüstungsexport
 - 1/91 Stoppt den Krieg am Golf
 - 2/91 Männer, Macht und Militär
 - 3/91 Abrüstung
 - 4/91 500 Jahre Eroberung Lateinamerikas
 - 1/92 Brennpunkt GUS
 - 2/92 Multikulturelle Gesellschaft
 - 3/92 Friedensmissionen
- Bestellung an: wub-Vertrieb, Büro Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1



Bundespräsident besuchte Friedensmuseum

Hoher Besuch im Lindauer Friedensmuseum – und wub war exklusiv dabei: Am Rande eines Treffens mit seinem österreichischen Amtskollegen nahm sich Bundespräsident v. Weizsäcker am 11.9. Zeit für einen Rundgang durch das Friedensmuseum Lindau. (Das Museum ist vom 15.4.–15.10. geöffnet. Ein ausführlicher Bericht folgt.)

**10307 Kampfeinsätze gegen
Halbwissen und Vorurteile**

**Jahresbericht 1991 der Jugend-
offiziere erschienen**

Als „Speerspitze der Öffentlichkeitsarbeit“ kommt den rund 1500 haupt- und nebenamtlichen Jugend(unter)offizieren der Bundeswehr eine wichtige Funktion zu, wo es darum geht, die Akzeptanz der Bundeswehr zu verbreitern und Erkenntnisse zur „Meinungs- und Haltungslage der Bevölkerung“ zu gewinnen. Wie in jedem Sommer, hat das Verteidigungsministerium im Juni 1992 den jüngsten Jahresbericht der Jugendoffiziere vorgelegt. Demnach trägt die Arbeit der Bundeswehrvertreter in den neuen Bundesländern erste Früchte: „Kultusbehörden und Schulen der neuen Bundesländer zeigen sich inzwischen für die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren überwiegend aufgeschlossen.“ Ansonsten kann, verglichen mit den Vorjahresberichten, weithin gelten: „Im Westen nichts Neues“ – Sicherheits- und Verteidigungspolitische Themen sind für Schüler „mega out“; neben Politikverdrossenheit und persönlichem Vorteilsdenken werden den Jugendlichen wieder mangelhafte Kenntnisse, Halbwissen und Vorurteile bescheinigt. „Die hierauf aufbauende, kritikbetonte Auseinandersetzung erfolgt häufig auf erschreckend niedrigem Niveau.“ Immerhin läßt sich feststellen: „Golfkrieg und Bürgerkrieg in Jugoslawien haben bei einzelnen Jugendlichen zu einem gewissen Meinungsumschwung geführt. – Es wurde vorübergehend wieder mehr Realitätssinn entwickelt...“

„Der Wille zur KDV ist ungebrochen“ Interessant sind die im wesentlichen unveränderten „speziellen Erkenntnisse über ausgewählte Zielgruppen“: Da sind zum einen die Haupt- und Realschüler mit ihrer „überwiegend positiven Einstellung zur Bundeswehr“; als „von großem Realitätssinn geprägt“ werden auch die Diskussionen mit Berufs- und Fachoberschülern gelobt. Anders sieht es an den Gymnasien aus, wo man auf leistungsorientierte aufgeschlossene Schüler ebenso wie „auf die kategorische, emotionale Ablehnung alles Militärischen“ trifft. „Die Traumvorstellung einer allseits harmonischen Welt ohne Intoleranz und Machtstreben“ prägt häufig das Meinungsbild. Der Zivildienst genießt bei der Mehrzahl der Schüler das höhere Ansehen; der Wille zur Wehrdienstverweigerung ist ungebrochen.“ Als kritisches bis ablehnendes Gegenüber wird die Mehrheit der Pädagogen empfunden – ein Defizit, das allerdings durch Reservisten in der Lehrerschaft ausgeglichen wird. „Reservisten interessieren sich vor allem für den zukünftigen Auftrag der Bundeswehr und die Bundeswehrstruktur. Sie befürchten, in den neuen Strukturen weniger gebraucht zu werden.“ Die Zusammenarbeit mit den Kultus- und Schulbehörden sowie den Landeszentralen für politische Bildung wird als ungebrochen positiv bis vorzüglich gewertet; gleichzeitig wird über die Reserviertheit vieler Schulen geklagt. „So sieht es ein Jugendoffizier: ‘Ohne geradezu penetrante Aufdringlichkeit kommt man zu keiner ‘neuen’ Schule.’“ Als Ausweg aus diesem Dilemma (zurückhaltende Lehrer / desinteressierte Schüler)

wird die Organisation „erlebnisbetonter Truppensuche“ angesprochen.

Ablehnung bei der kirchlichen Jugend Traditionelle Kontaktprobleme hat es 1991 außer mit Jusos und Gewerkschaften wieder mit der kirchlichen Jugend gegeben: „Wehrdienst und Streitkräfte stoßen – vor allem in der evangelischen Kirchenjugend – zunehmend auf Ablehnung: Das Engagement in Fragen der Friedenserhaltung oder -wiederherstellung scheint sich in den Kirchen vielfach auf karitative und humanitäre Hilfe in Konfliktgebieten zu beschränken.“

**Euphorische Weltfriedenshaltung:
Kirchliche Jugend aus
militärischer Sicht**

„Vor allem Vertreter der evangelischen Kirche diskutieren oftmals sehr emotional und stützen sich dabei auf radikal-pazifistische Thesen.“

Die kirchlichen Friedensbewegungen vertreten gesinnungsethische Argumente und verurteilen die auf verantwortungsethischen Prämissen beruhende Grundhaltung der Jugendoffiziere. Es ist nicht zu erwarten, daß rationale Argumente hier Einstellungsveränderungen bewirken werden. Dieser Teil der Jugend verharrt nach wie vor in einer euphorischen „Weltfrieden-Haltung“.

Ein Jugendoffizier berichtet: „Erschreckend, mit welcher aggressiver Intoleranz in diesen Kreisen der Soldat verketzert wird.“ aus: Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 1991, Bonn, Juni 92)

Abschließend seien drei Aussagen zitiert, die sich auf aktuelle Fragestellungen beziehen: „Das Ansehen der Bundeswehr hat durch einige während des Golf-Krieges in der Türkei eingesetzte Soldaten, insbesondere durch ihre Äußerungen zu Dienstzeit und Pflichtauffassung, Schaden erlitten. Der hierdurch entstandene nachteilige Eindruck ist bis heute nicht vollständig abgebaut.“ – „Out-of-area-Kampfeinsätze finden (anders als Blauhelm-Einsätze) keine Zustimmung.“ – „Die meisten Gymnasiasten sind der Auffassung, daß die Wehrpflicht abgeschafft werden muß.“ Auf seinen 35 Seiten benennt der Jahresbericht zahlreiche Widerstände und Schwierigkeiten, die die Öffentlichkeitsarbeit der Jugendoffiziere hemmen. Da klingt es fast, als müßten die Verfasser sich Trost zusprechen, wenn sie betonen: „Die Position der Friedensbewegung ist noch schwächer geworden.“ Friedhelm Schneider



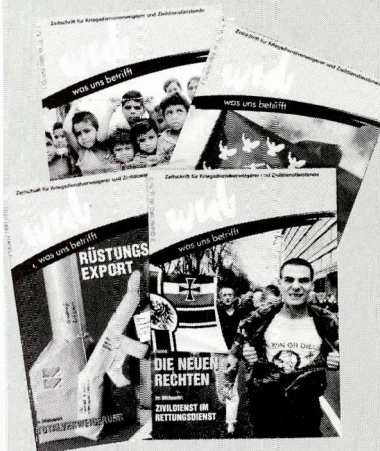
Ein Jugendoffizier im Unterricht.

Foto: Bundesministerium der Verteidigung

**Dranbleiben!
Mitreden!**

wub

abonnieren!



Ein Jahr
wub für DM 10,-

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, Unterschrift) _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

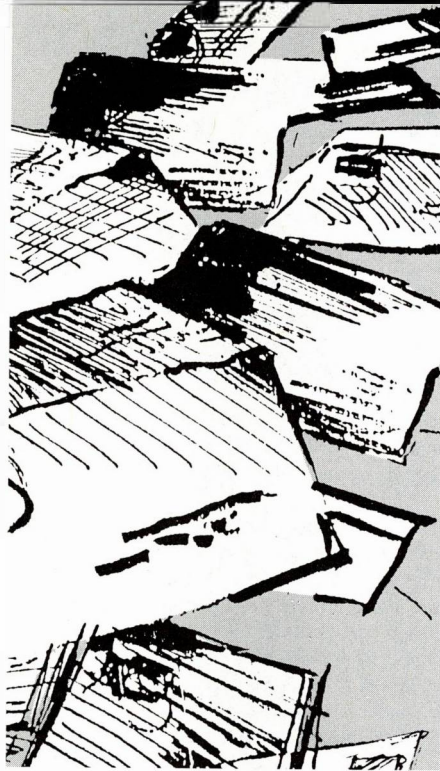
Ziviaktion-Fragebogen

Wir, Boris Schürnbrand und Dietrich Zilly, sind ZDL in der Haslachmühle bei Ravensburg. Auf Wohngruppen arbeiten wir mit geistig behinderten Menschen. Im Laufe unserer Arbeit begannen wir, uns Gedanken zu machen, über unsere Situation, über die Situation unserer behinderten Mitmenschen und über das, was gemeinhin als Pflegenotstand bezeichnet wird. Immer stärker wurde uns bewußt, daß wir ZDL und Diakonischen HelferInnen unverzichtbarer Bestandteil des Systems der Sozialversorgung in unserem Land geworden sind. Ob wir wollen oder nicht, ohne unseren Einsatz wäre in vielen Fällen das Betreuungsniveau, das wir für das menschlich Mindeste ansehen, nicht aufrechtzuerhalten. Da wir diese Situation für nicht befriedigend halten, beschlossen wir, uns weiter zu informieren und auch zu versuchen, die Öffentlichkeit auf die Einsätze von Zivildienstleistenden aufmerksam zu machen. Wir formulierten einen Fragebogen, den wir an Zivildienstleistende der Region verschickten, mit dem Ziel, herauszufinden, für welche Ziele unsere Kollegen sich einsetzen würden. Wir holten Informationen ein, über das System von Pflegesätzen und Pflegeschlüsseln, über den Landeswohlfahrtsverband und die Sozialpolitik. Inzwischen lag dann auch die Auswertung der Umfrage vor (Die Ergebnisse finden sich in den abgebildeten Grafiken, d. Red.). Von 500 verschickten Fragebögen waren 80 zurückgekommen. Deshalb sahen wir von weiteren Aktionen (Demonstration...) ab, da wir die Bereitschaft unserer Kollegen zu größeren Aktionen nur mäßig einschätzten. Es stellte sich außerdem heraus, daß die zahlenmäßig meisten Zivildienstleistenden keine Arbeitsplätze mit hoher psychologischer oder körperlicher Belastung haben.

Diejenigen dagegen, die direkt im Pflegeeinsatz in der Alten- oder Behindertenarbeit stehen, fühlen sich oft alleingelassen mit ihren Problemen. Wir empfinden Defizite in der Vorbereitung dieser Zivis auf ihren Dienst und in der Betreuung, wenn Probleme auftreten. Die Einrichtungen können diese Dienste aus personellen Gründen nicht leisten. Wir fordern deshalb in einem Brief das Bundesamt für den Zivildienst und die Kostenträger auf, Mittel für die intensive Betreuung von unausgebildeten Kurzzeitmitarbeitern bereitzustellen. Diesen Brief kann man gegen Portokosten (DM 1.-) bei uns bestellen.

Wir wollen mit diesen Forderungen den herrschenden Zustand, daß wir Zivildienstleistenden Aufgaben übernehmen, die eigentlich von ausgebildeten Kräften wahrgenommen werden sollten, nicht zementieren. Wir wollen auch nicht den Einrichtungen oder dem Diakonischen Werk die Schuld in die Schuhe schieben, denn viele Einrichtungen und gerade die Haslachmühle kümmern sich im Rahmen des Möglichen intensiv um Ihre ZDL.

Deshalb werden wir darüber hinaus an den Kostenträger die Forderung richten, daß in Zukunft das Betreuungsniveau, das durch den Einsatz von ZDL und Diakonischen HelferInnen erreicht wird, durch ausgebildete Mitarbeiter sichergestellt werden kann. Wir wissen, daß sich durch unsere Briefe nicht die Welt bewegt, aber wir hoffen, daß ein Steinchen von dem Druck erzeugt wird, der die Sache irgendwann ins Rollen bringt. Die Forderungen, die wir formulieren,



möchten wir an unsere Kollegen weitergeben und diese darum bitten, sie an den Kostenträger und an das Bundesamt für den Zivildienst zu schicken.

Viele Grüße
ZDL Dietrich Zilly u. Boris Schürnbrand,
Haslachmühle, 7981 Horgenzell

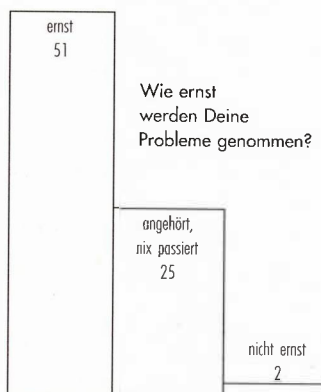
„Höchst unsozial“

Als ZDL der Diakonie-/Sozialstation Bothfeld-Buchholz habe ich erfahren, daß die Patienten ab 1993 Geld bezahlen müssen, wenn Zivis für sie einkaufen. Dazu einige Bemerkungen:

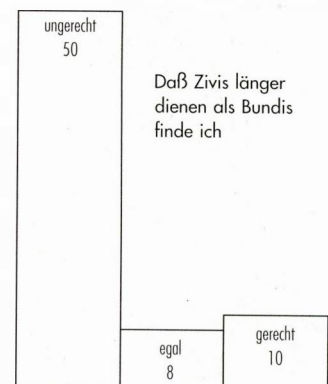
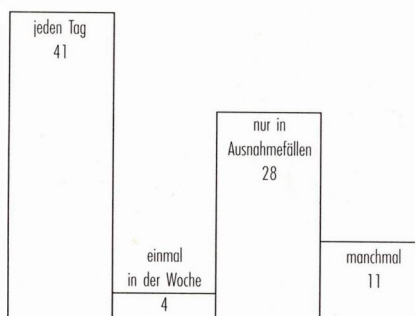
1. Es ist höchst unsozial, wenn von den alten Menschen, die seit Jahren daran gewöhnt sind, daß für sie umsonst eingekauft wird, plötzlich Geld dafür verlangt wird, zumal sie darauf angewiesen sind.
2. Der Soziale Friedensdienst, der ab 1993 die Sozialstationen übernimmt, will offenbar durch dieses Geld andere (Schulden-)Löcher stopfen.
3. Der Staat spart ohnehin durch die Zivi-Einsätze, denn andernfalls bräuchten die Patienten eine Pflegekraft.
4. Für manche Patienten wird tatsächlich nur eingekauft. Diesen Service müßte man auch umsonst anbieten können.
5. Daß künftig die Dauer des Einkaufs, inklusive Gespräch, gemessen werden soll, belastet die Beziehung zwischen Patient und Zivi – jede Minute Privatgespräch kostet Geld.
6. Die Unterschriften, die die Patienten schon jetzt unter die Leistungsbelege setzen müssen, sind vielfach wertlos, da viele gar nicht verstehen, was sie unterschreiben.
7. Es trifft wieder einmal die Schwachen. Und unter den Schwachen die besonders Schwachen – die Finanzschwachen.
8. Die Sozialstationen sind nicht mehr Sozial-, sondern Dienstleistungsstationen – eine bestimmte Tätigkeit wird gegen Geld angeboten.

Fazit: Wie gut, daß sich die meisten Patienten nicht wehren können. Aber vielleicht tun es ja einige doch...

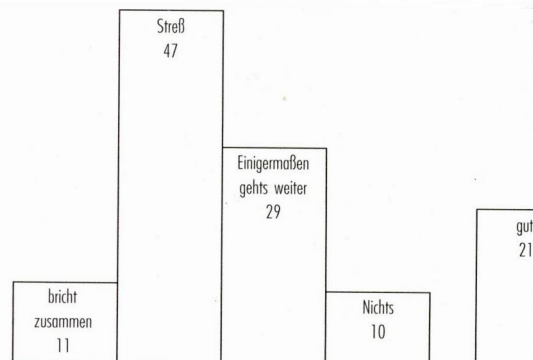
Mit freundlichen Grüßen
Hilmar Beyrodt, Hannover



Wie oft mußt Du alleine arbeiten?



Was würde passieren, wenn du nicht da bist?



„Ausgereizt“

Sehr geehrte wub-Redaktion,
als Zivildienstleistender beim Umweltschutzamt der Stadt Freiburg erhalte ich regelmäßig Ihre Zeitschrift „was uns betrifft“.
Ohne die Qualität beziehungsweise den Informationswert Ihrer Artikel bezweifeln zu wollen, möchte ich Kritik an Ihrer Zeitschrift äußern.

Sind Sie wirklich der Ansicht, daß für heutige ZDL nur Themen wie „Friedensmissionen“, „Hunger in der 3. Welt“, sowie „Altersfürsorge“ und „Zivildienst in den neuen Ländern“ interessant sind?

Hierbei möchte ich keinesfalls den Eindruck erwecken, daß diese Themen für mich bzw. alle Zivis nicht wichtig oder uninteressant seien. Aber bitte bedenken Sie, daß diese Themen sehr ausgereizt und vielfach diskutiert worden sind. Für einen zwanzigjährigen Zivi gibt es bestimmt andere Interessen als den Scheiß, den er sowieso nur als kleineres („nützlicheres“) Übel gegenüber dem „Schlammrobben“ gewählt hat.

Ich bitte Sie, diesen Brief zu veröffentlichen, um Reaktionen anderer Zivis zu provozieren. Diese Meinung teilt auch mein Mit-Zivi Johnny sowie viele meiner Freunde in den verschiedensten Zivijobs.

Mit freundlichen Grüßen
Jan Hansen, Freiburg i. Br.

P.S.: Ich möchte noch die allgemeine Meinung richtigstellen, daß alle Zivis ihrer Verweigerung entsprechend friedliche Christen sind.

Die Palette der mir bekannten Zivis reicht von Waffennarren über Drogendealer bis hin zum Zuhälter. Auch entspricht das Bild vom braven Bubi, der regelmäßig in die Kirche rennt und die Pfadfindermentalität darstellt, nicht der Realität, obwohl Sie dieses nur allzugerne sehen würden.

Anm. d. Red.:

Auch die wub-Redaktion würde sich über Reaktionen auf den Brief unseres Lesers Jan Hansen freuen. Wie ist das mit den Themen in wub, sind sie „ausgereizt“ und uninteressant? Und wie sieht das wirklichkeitstreuere Bild vom „Zivi '93“ aus? Eine Mischung aus Pfadfinder und Zuhälter? Wer Lust hat, schreibe uns bis zum 02.01.93 ihre/seine Meinung (gerne auch ausführlich, aber nie anonym!!).
W. Sch.

„Gewaltfreie Aktion“

Liebe wub-Redaktion,
am 01.07.92 fand am Bahnhof Altona in Hamburg eine gewaltfreie Aktion statt, die sich direkt gegen die Bundeswehr und jegliche andere militärische Streitmacht wandte. Zur Vorbereitung der Aktion hatten wir uns zweimal getroffen, um einen Plan auszuarbeiten und Material vorzubereiten. Unsere siebenköpfige Gruppe marschierte und humpelte, als kampfgezeichneter Soldatentrupp verkleidet, zuerst ein kurzes Stück zum Bahnhof, trug dabei ein Schild mit dem Spruch „Wir sind eine starke Truppe“ vor sich her und skandierete den Anlaß der Aktion, den Einberufungstermin zur Bundeswehr zum neuen Quartal (01.07.). Bei unserer Vorbereitung hatten wir darauf gesetzt, möglichst viele Einberufene mit unserer Aktion zu erreichen. Die wenigsten Passanten waren jedoch Einberufene.

Wir gingen zunächst zweimal durch den Bahnhof und veranstalteten ein theatralisches Die-in mit Leichentuch, um größere Aufmerksamkeit zu erregen. Als bald kam die Bahnpolizei und forderte uns auf, den Bahnhof zu verlassen. Wer nicht reagierte, wurde dann bestimmt und etwas gereizt zum Ausgang gezerrt. Man erteilte uns dann für diesen Tag Hausverbot im Bahnhof. Die Passanten im Bahnhof zeigten nur geringes Interesse an der Aktion.

Nach dem Rausschmiß wiederholten wir diese Aktion vor dem Bahnhof, symbolisierten mit weißen Kreuzen Kriegsgräber und entfalteten ein großes Bettlaken mit der Aufschrift „Wann hört ihr endlich auf, das Töten zu lernen?“. Viele Passanten hielten an und nicht wenige bekundeten Ablehnung oder Zustimmung. Zweimal kam es während der Aktion auch zu längeren Diskussionen unter den Zuschauern. Im Nachhinein beurteilte jeder von uns sieben diese Aktion als vollen Erfolg. Nach 3 Stunden beschlossen wir um 13.00 Uhr, die Aktion zu beenden und gingen nach Hause. Nur die Medien hatten wir leider nicht benachrichtigt, so daß es keine Meldung gab.

Infolge dieser Aktion dachte ich erstmals tiefer über den Werbespruch der Bundeswehr „Wir sind eine starke Truppe“ nach. Als KDVer und ehemaliger ZDL empfinde ich ihn abwechselnd als widerlich und als lächerlich.

Viele Grüße
Christian Störger, Hamburg

Zivis in der Altenpflege

Nach 4 Semestern Theologiestudium (ev.) habe ich meine Ausbildung unterbrochen und leiste nun seit ca. 10 Monaten meinen Zivildienst ab. Absichtlich bin ich in den Pflegedienst, absichtlich in ein Altenheim der evangelischen Diakonie gegangen.

Sind es nicht hauptsächlich die Alten, die als letzte noch die Kirchenbänke bevölkern? Ich wollte mich mit diesen Alten auseinandersetzen und gleichzeitig einmal austesten, was hinter dem Großunternehmen „Diakonie“ eigentlich steckt. Außerdem wollte ich wissen, warum Altenpflege so „schrecklich“ ist, warum Zivis aufgeben: frustriert, desillusioniert, oft im Streit mit Vorgesetzten.

Mittlerweile war ich selbst schon fast so weit, aufzugeben. Frustriert, desillusioniert, irgendwie an meiner eigenen Machtlosigkeit verzweifelt. Aber ich habe beschlossen, meine Frustration umzusetzen in einen Erfahrungsbericht, der den Umfang einer kleinen wissenschaftlichen Arbeit erreichen soll. Ich möchte aber nicht nur über meine eigenen Erfahrungen schreiben, sondern würde gerne auch von anderen Zivildienstleistenden und ihren Erfahrungen berichten.

Deshalb meine Bitte:

Zivildienstleistende im Pflegedienst

bitte schreibt mir über Eure Tätigkeiten und Erfahrungen. Welche Arbeiten führt Ihr genau aus? Ist Eure Arbeit „arbeitsplatzneutral“? Seid Ihr eher Hilfspfleger oder Betreuer? Wie sind Eure Dienstzeiten, steht ihr auf dem Dienstplan? Wie ist Euer Verhältnis zu Vorgesetzten, Kollegen? Was erfahrt Ihr vom Träger Eurer Einrichtung (Staat, Wohlfahrt, Kirche)? Was haltet Ihr von der Altenpflege in Eurer Einrichtung? – Seid Ihr zufrieden oder denkt Ihr an „Tatort Pflege(-heim)“?

Bitte gebt bei allen Zuschriften Eure Adresse und den Träger Eurer Einrichtung (Staat, privat, ev./kath. Kirche usw.) an. Adressen und Daten, die auf Einzelpersonen schließen lassen, werde ich nicht an Dritte weitergeben.

Wer Interesse an der fertigen Arbeit hat, erhält von mir bei Fertigstellung (ca. kommenden Winter) eine Fotokopie.

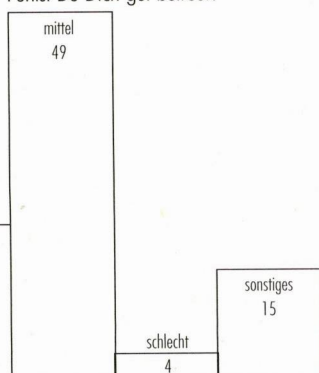
Adresse: Peter Nümann, Schröderstraße 23, 6900 Heidelberg

Mit freundlichen Grüßen
Peter Nümann

Buchpreise:

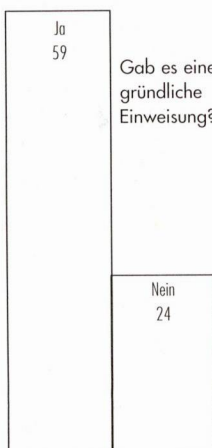
Postkartenserie	DM 2,50
„Nieder mit den Waffen“	DM 24,80

Fühlst Du Dich gut betreut?



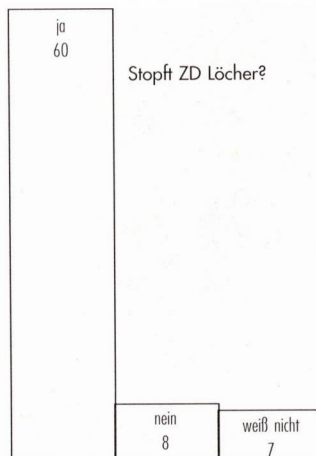
Ja
59

Gab es eine gründliche Einweisung?

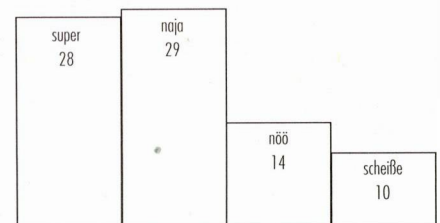


ja
60

Stopft ZD Lächer?



Stell Dir vor: Zivis machen Demo zum Problem Pflegenotstand. Wie findest'n das?



RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38.- erstattet.

BAYERN

- 7.12.-11.12.1992 Schwanberg: „Meditation im Alltag vor dem Fest“
 1.02.- 5.02.1993 Erfurt: „Spurensuche nach dem gewaltfreien Wandel in der DDR“
 15.02.-19.02.1993 Schwanberg: „Meditation – Hinführung und Einführung“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. 09 11/43 04 - 238

HANNOVER

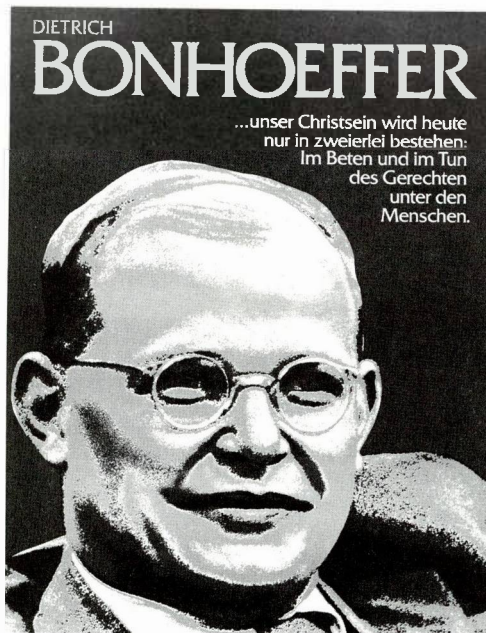
- 7.12.-11.12.1992 Obernkirchen: „Verschwendung gegen Mission“ – 500 Jahre Kolonialisierung Lateinamerikas
 15.02.-19.02.1993 Obernkirchen: „Mediation – Positiver Umgang mit Konflikten“
 8.03.-12.03.1993 Spiekeroog: „Gewalt – Nimm die Bereitschaft zur Gewalt unter uns zu?.. Ursachen, Erklärungen, Konsequenzen...“
Anmeldeformulare: Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 05 11/12 41 - 468

HESSEN UND NASSAU

- 30.11.- 4.12.1992 Höchst/Odw.: „Sterben und Tod“
 7.12.-11.12.1992 Höchst/Odw.: „Schritte zur Überwindung des Militärs – das Konzept der Sozialen Verteidigung“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Tel. 061 51/44088

KURHESSEN-WALDECK

- 30.11.- 4.12.1992 Bad Hersfeld: „Hoffnungen und Träume“
 Rüstzeit im Advent
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 3500 Kassel, Tel. 05 61/10 78 82



PFALZ

- 7.12.-11.12.1992 Bad Dürkheim: „Dietrich Bonhoeffer – ein Theologe und die Zeit des Dritten Reiches“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Tel. 062 32/7 82 38

NORDELBNIEN

- 15.02.-19.03.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Jugendliche ohne Kirche – Jugendliche ohne Lebensorientierung?“
 1.03.- 5.03.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Welt am Draht“ – Zukunftsplanung in einer Kleinstadt... Computersimulation.
 8.03.-12.03.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Non violence“... „Gewaltverzicht“ – und der „böse Nachbar“?
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/25 88 81 und 2 50 89 90

RHEINLAND

- 25.01.-29.01.1993 Radevormwald: „Mein Weg“
 15.02.-19.02.1993 Altenkirchen: „Spiele für Ökologie und Entwicklung“
 15.03.-19.03.1993 Solingen-Ohligs: „Meditation als Lebenshilfe“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/24 46 96

THÜRINGEN

- 14.12.-18.12.1992 „Advent? Wer soll da schon kommen?“
 Ein Angebot für Zivis und deren PartnerInnen.
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV, Landesjugenpfarramt, Barfüßerstr. 22, O-5900 Eisenach

WESTFALEN

- 30.11.- 4.12.1992 Bosenhoz bei Paderborn: „Mime und Improvisationstheater“
 7.12.-11.12.1992 Schwerte, Haus Villigst: „Vertrauensleute“
 14.12.-18.12.1992 Bielefeld, Haus Einschlingen: „Israel und Palästina: Kein Friede in Nahost?“
 11.01.-15.01.1993 Schwerte, Haus Villigst: Psychatrio – Irren ist menschlich“
 18.01.-22.01.1993 Schwerte, Haus Villigst: „Gentechnologie“
 18.01.-22.01.1993 Lippinghausen: „Meditation – Bewußt gewaltfrei leben lernen“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 023 04/755 - 230

WÜRTEMBERG

- 29.03.- 2.04.1993 Freudental: „Zwischen allen Stühlen“
 Rüstzeit für Vertrauensmänner
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6 36 81 49

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

- Anhalt**
 Pfarrer Dietrich Bungeroth
 Ziebigker Straße 29
 O-45000 Dessau 1, 0340/48 95
- Lippische Landeskirche**
 Pfarrer Axel Kaiser
 Seminarstraße 4
 4930 Detmold, 05231/7 40 30
- Baden**
 Beauftragte für KDV und ZDL,
 Vorholzstr. 7, W-7500 Karlsruhe
 0721/168 - 327
- Mecklenburg**
 Beauftragte für KDV und ZDL
 c/o Oberkirchenrat
 Münzstr. 8
 O-2751 Schwerin, 0385/86 41 65
- Berlin-Brandenburg**
 Thomas Koch
 Goethestr. 30
 W-1000 Berlin 12, 030/3 19 12 72
- Oldenburg**
 Rolf Karkmann
 Hohe Straße 2
 2872 Hude, 044 08/31 22
- Braunschweig**
 Pastor T. Fischer
 Unterdorf 9, 3370 Seesen
 05381/85 13
- Pommern**
 Pfarrer Jürgen Knospe
 Blaust. 5
 O-2100 Pasewalk, 03973/22 83
- Bremen**
 Pastor Ingbert Lindemann
 Martinikirchhof 1
 W-2800 Bremen, 0421/32 81 86
- Sachsen**
 Pfarrer Uwe Koch
 Draesekeplatz 1
 O-3024 Magdeburg, 0391/55 10 37
- Görlitz**
 Diakon Laueremann
 Bautzener Straße 38, O-8900 Görlitz, 03581/2 46 75



Die Zumutung

Könnst du doch hören,
was Gott der Herr redet,
daß er Frieden zusagt seinem Volk und seinen
Heiligen,
damit sie nicht in Torheit geraten
Doch ist ja seine Hilfe nahe denen, die ihn
fürchten,
daß in unserm Lande Ehre wohne;
daß Güte und Treue einander begegnen,
Gerechtigkeit und Friede sich küssen;
daß Treue auf der Erde wache
und Gerechtigkeit vom Himmel schaue;
daß uns auch der Herr Gutes tue,
und unser Land seine Frucht gebe;
daß Gerechtigkeit vor ihm her gehe
und seinen Schritten folge.

Psalm 85, 9–14

Dieser Text ist eine Zumutung! Er redet von Ehre, Güte und Treue, Gerechtigkeit und Frieden. Die Wirklichkeit unserer Welt aber ist anders. Armut, Hunger und Not, Ausbeutung und Unterdrückung führen das Regiment. Kriege, Erpressungen, Entführungen, Kerker, Folter und Mord... Es ist allzu berechtigt, sich das alles vor Augen zu halten, wenn man diesen Psalm zur Hand nimmt.

Dabei hüte man sich zu meinen, so sei doch unsere Welt heute, die Welt von gestern aber sei anders gewesen. Die Welt, in der dieser Psalm entstanden ist, war bestimmt durch die babylonische, dann persische Gewaltherrschaft mit allen schrecklichen Folgen für die davon betroffenen Menschen. Die Welt war niemals ein Paradies. Das Wort „Friede“ steht in demselben Buch, in dem gesagt wird, daß Krieg und Kriegsgeschrei die Erde erfüllen werden, solange Menschen auf der Erde sind.

Im Grunde bleibt die Welt wie sie ist und wie sie war – beherrscht von Menschen, die „sein wollen wie Gott“ und die seinen Herrschaftsanspruch leugnen. Darum bleiben unsere Bemühungen um eine radikale Verwandlung unserer Welt in eine Welt des Friedens Stückwerk – und selbst das Stückwerk ist ständig bedroht von Ereignissen, die zur Resignation verleiten. Zweifellos hat die Friedensbewegung gegenwärtig mit dieser Frage zu kämpfen. Und nicht nur die Friedensbewegung, alle Menschen, die guten Willens sind. Diese Spannung gilt es auszuhalten und im Kampf um den Frieden zu beharren. Der Psalmtext ist nicht Ausdruck guter menschlicher Vorsätze und Zukunftsperspektiven. Es geht nicht um unsere Programme, die wir formulieren, sondern hier wird klar gesagt, daß Gott selbst in die chaotische Situation der Welt hinein redet und handelt.

Die Verse sprechen von dem, was Gott getan hat und tun will. Der Hintergrund ist die Geschichte Gottes mit Israel – und für uns Christen die Geschichte des Jesus von Nazareth mit den Menschen. Alle, die gelernt haben, dieser Geschichte zuzuhören und den in ihr enthaltenen Zusagen zu vertrauen, machen die Erfahrung, daß Gott zu seinem Wort steht. Diese Erfahrung ist immer Gegenwart und Zukunft zugleich, d. h.: Ich darf mich daran halten und den Blick immer wieder nach vorn auf die Zukunft richten. Auch wenn über den konkreten Weg unterschiedliche Meinungen entstehen – darüber muß man reden, aufeinander hören –, kann an dem gemeinsamen unerschütterlichen „Dennoch“ keinen Augenblick ein Zweifel aufkommen. Denn das Ringen um den Frieden ist nicht menschlichem Ermessen freigestellt, sondern ist Gebot unter Gottes Verheißung! Alle aber, die diesen Glauben noch nicht haben oder nicht mehr haben, bitte ich mit einem Wort des Rabbi Levi Jizchak: „Aber bedenke, vielleicht ist es wahr.“

Joachim Ziegenrucker

wub

was uns betrifft

ART

HAP Grieshaber „Engel der Kriegsdienstverweigerer“



HAP (Helmut, Andreas, Paul) Grieshaber (1909–1981) war einer der bedeutendsten „Holzschnneider“ Deutschlands. Handwerk und Kunst waren für ihn zu einer Einheit verschmolzen.

Auf seinen Werdegang angesprochen sagte er einmal, er sei „Setzer, Drucker, Ätzer, Bauarbeiter, Kohlentrimmer, Fischer in der Ägäis, Zeitungsausträger, Maschinenschlosser und '40–'45 Soldat“ gewesen, in einen „Sonderkäfig in Gefangenschaft gesteckt, ein Jahr Bergwerksarbeit unter Tage in Belgien“. Später wurde er Lehrer an der Bernsteinschule und dann Professor an der Karlsruher Akademie. Man nannte ihn einen „Grübler und Clown“, einen „politischen Moralisten“ und „unverbesserlichen Weltverbesserer“. Er sagte von sich: „Ich bin ein homme engagé“ – ein „betroffener Zeitgenosse“. Die meisten seiner Kunstwerke im „aufblühenden Holz“ sind friedenspolitische „Einmischungen“. 1939 schneidet er zum Kriegsausbruch seinen Holzschnitt „Friede“. 1950 gibt er einer Arbeit den Titel „Friede allen Müttern – keine Bomben“.

Eines seiner Werke, das Triptychon „Das Weltgericht“, hängt im Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses in Bonn. Er hat es auf der Außenseite mit einem Tarnstoff der Bundeswehr bezogen und meinte dazu, dieses Bild solle eine Mahnung sein, „daß wir uns für unsere Taten zu verantworten haben“.

Im Jahr 1970 entsteht seine Arbeit „Engel der Kriegsdienstverweigerer“. In dem Farbdruck sehen wir drei mit großen Flügeln versehene Engel. Sie zerbrechen gemeinsam moderne Gewehre. Kämme und Korn sind deutlich zu sehen. Engel sind für HAP Grieshaber nicht nur Engel des Gedenkens, der Erinnerung, sie sind vor allem Engel der

„Aktion“, sie geben Beispiel.

In unserem Bild fordern sie zur Kriegsdienstverweigerung auf: Zerbrecht die Gewehre! „Nehmt Euren Söhnen im Namen Christi die Waffe aus der Hand“ (Bonhoeffer).

Am Boden sehen wir scharfkantige Spitzen, die wie Flammen empor schlagen. Die Maserung des Holzdrucks zeigt die Engel in einem lodernden Inferno, das an das Napalm des Vietnamkrieges erinnert.

1970, als sich Grieshaber an diesen Holzschnitt machte, demonstrierten in Deutschland die Studenten gegen den Vietnamkrieg und die Zahl der Kriegsdienstverweigerer verdreifachte sich auf 19000 Anträge.

Grieshaber solidarisierte sich mit den Kriegsdienstverweigerern. Seine „Engel der Kriegsdienstverweigerer“ sollen auch an die Friedensbotschaft des Weihnachtsevangeliums „Friede auf Erden“ erinnern. Ins Holz schnitzte er seinen Kommentar hinzu: „Nicht allein zur Weihnachtszeit“.

Bereits 1949 verfaßte er einen Aufruf gegen den Krieg, in dem es heißt: „Krieg zehrt jetzt schon an unserer geistigen Existenz. Wenn es ihm gelingt, uns zu einem Aufgeben unserer allein menschenwürdigen Einstellung zu verführen, nämlich kriegerische Gewalt als einziges Mittel und als einzigen Ausweg aus dem Dickicht verschiedener Meinungen und Interessen zu sehen, sind wir schon seelisch tot, bevor sie uns den Leib nehmen.“

Harald Wagner

HAP Grieshaber, „Engel der Kriegsdienstverweigerer“, 1970.

Holzchnitt, 48 x 62 cm; Staatsgalerie Stuttgart. © VG Bild-Kunst, Bonn, 1992.